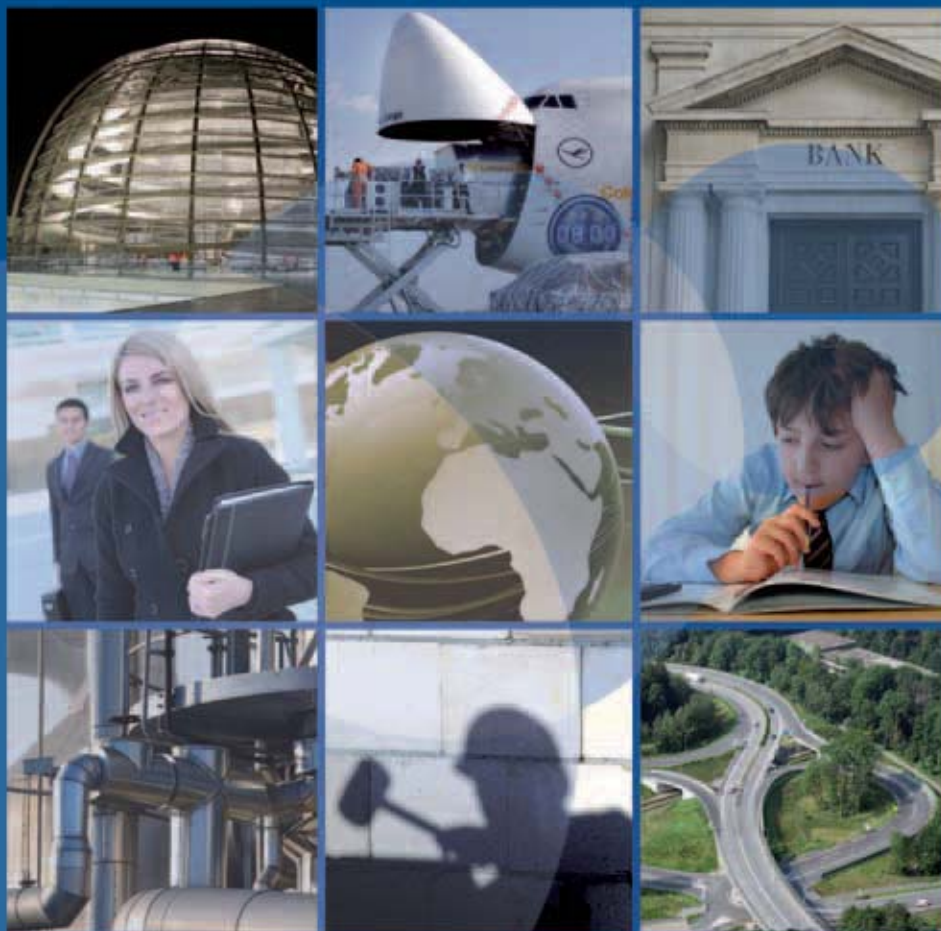


# Verantwortliches Regierungshandeln in Krisenzeiten: 10 Eckpfeiler für ein Reformprogramm

Wirtschaftspolitische Positionen 2009  
der IHK-Organisation



**DIHK**

Deutscher  
Industrie- und Handelskammertag

**Herausgeber  
und Copyright**

© DIHK - Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.  
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte  
Telefon 030 20308-0 | Telefax 030 20308-1000 | Internet: [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union  
19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Brüssel  
Telefon +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605 | Internet: [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

**Redaktion**

Dr. Volker Treier, Dr. Tobias Thomas | DIHK  
sowie genannte Ansprechpartner/-innen

**Layout**

Wolfgang Siewert ([w.siewert@typoplus.net](mailto:w.siewert@typoplus.net)) | Bonn

**Bildnachweise**

Foto Hans Heinrich Driftmann: Thomas Kierok, Berlin | Grafiken: Wolfgang Siewert, Bonn  
Titel: [www.shutterstock.com](http://www.shutterstock.com)

**Stand**

April 2009

**Druck**

Druck Center Meckenheim | Meckenheim

# Vorwort



Im Frühjahr 2009 ist die wirtschaftliche Situation in Deutschland, Europa und der Welt mehr als schwierig. Das Zusammentreffen von konjunktureller Schwäche, Finanzmarktkrise und strukturellen Problemen einiger Branchen hat zu einem ungeahnten Abwärtstrend geführt.

Ebenfalls in einem bislang nicht gekannten Ausmaß greift der Staat in die Finanzmärkte ein. Rettungsschirme in Höhe von 500 Milliarden Euro in Deutschland oder auch von einer Billion Dollar in den USA lassen in der öffentlichen Debatte das Empfinden für die finanziellen Größenordnungen schwinden. In der Folge drohen Dämme zu brechen, ja, sie sind zum Teil schon gebrochen.

Manche Unternehmer stellen sich inzwischen bereits die Frage, ob sie etwas falsch machen, wenn sie keine Forderungen an den Staat stellen, sondern aus eigener Kraft versuchen, ihre Probleme zu lösen. Dies ist eine gefährliche Stimmungslage. Viel hängt jetzt davon ab, wie sich die Unternehmen verhalten.

Nicht nur die Politik muss sich immer wieder die Grenzen staatlichen Handelns vor Augen führen, sondern auch in der Wirtschaft bedarf es der Erkenntnis, dass selbst in der Krise nicht jede Forderung richtig und erfüllbar ist. Die Unterstützung der Finanzinstitute ist aufgrund ihrer Bedeutung für das Funktionieren der Marktwirtschaft im Einzelfall begründbar. Darüber hinaus übernimmt sich der Staat, wenn er versucht, betriebswirtschaftliche Probleme einzelner Unternehmen zu lösen.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu: Die Krise wird zum Großteil von der nationalen Politik bekämpft. In einer globalisierten Welt greifen nationale Maßnahmen ökonomisch gesehen jedoch häufig zu kurz. Insofern bedarf es zwingend verbindlicher europäischer sowie internationaler Absprachen. Wobei auch hier gilt: Die Verbindlichkeit der grenzüberschreitenden Vereinbarungen muss eine neue Qualität erreichen. Auch greift die Erkenntnis um sich, wie sehr wir weltweit im selben Boot sitzen, wie gefährlich Protektionismus ist und wie wichtig es ist, das Verhältnis zu unseren Nachbarn und unsere internationalen Geschäftsbeziehungen zu pflegen. Hoffentlich lernen die Menschen in der Krise, dass nur mit Europa und der Globalisierung echte Antworten gefunden werden können.

Ich bin mir sicher, dass rückschauend auf die jetzt aktuelle Situation die Bedeutung klarer ordnungspolitischer Grundsätze in einem neuen Licht erscheinen wird. Die Analyse wird auch ergeben, dass wir in den guten Jahren zuvor zwar immer wieder von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gesprochen und diese vom jeweils anderen auch regelmäßig eingefordert haben. Leider, so ist zu befürchten, wird aber auch herauskommen, dass es uns nicht in jedem Fall geglückt ist, diese wichtigen Spielregeln im Großen sowie im Kleinen, also auch im unmittelbaren eigenen Umfeld, wirklich umzusetzen. Es sind nicht die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die die Krise herbeigeführt haben. Freie Preisbildung und Wettbewerb, Preisstabilität und vor allem die individuelle Haftung sind vielmehr zu wenig beachtet worden. So hat es nichts mit Marktwirtschaft zu tun, dass Chancen wirtschaftlichen Handelns zwar von Einzelnen genutzt, die Risiken hingegen von der Allgemeinheit getragen werden. Gerade in der Marktwirtschaft, die nicht von staatlicher Planung, sondern vom findigen Engagement der einzelnen Bürger als Unternehmer und Arbeitnehmer lebt, ist die eindeutige Übernahme von Verantwortung ganz wichtig.

Nicht zuletzt deshalb legt der DIHK hiermit seine überarbeiteten Wirtschaftspolitischen Positionen vor. Bewusst verzichten wir darauf, diese Positionen allein an den tagesaktuellen Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auszurichten. Vielfach ist heute zu Recht von der lohnenswerten Zielsetzung die Rede, dass Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgeht. Umso wichtiger ist es, dass wir uns gerade jetzt auf klare wirtschaftspolitische Leitlinien festlegen und uns auch in der aktuellen Diskussion daran messen lassen.

  
Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE POSITIONEN 2009 DER IHK-ORGANISATION

### 10 ECKPFEILER FÜR EIN REFORMPROGRAMM 4 | 5

#### ARBEIT UND SOZIALES

Arbeitsmarkt 6 | 7

Soziale Sicherung 8 | 9

Familie und Beruf 10 | 11

#### BILDUNG UND INNOVATION

Forschung und Innovation 12 | 13

Kindergärten, Schulen und Hochschulen 14 | 15

Betriebliche Ausbildung 16 | 17

Weiterbildung 18 | 19

#### VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

Verkehr 20 | 21

Infrastruktur 22 | 23

## **UNTERNEHMERTUM UND MARKT**

Unternehmensfinanzierung	24   25
Existenzgründung	26   27
International	28   29

## **STEUERN UND FINANZEN**

Steuern	30   31
Finanzen	32   33

## **UMWELT UND ENERGIE**

Wirtschaft und Umwelt	34   35
Klimaschutz	36   37
Energie	38   39

## **VERWALTUNG UND STAAT**


Regionale Wirtschaftspolitik	40   41
Bürokratieabbau und E-Government	42   43
Sicherheit als Marktfaktor	44   45

Hinweis: Zu vielen Positionstexten sind im Internet unter der Adresse <http://www.dihk.de/positionen> vertiefende Positionspapiere und DIHK-Unternehmensumfragen abrufbar.

# 10 Eckpfeiler für ein Reformprogramm

## Die 10 Eckpfeiler für ein Reformprogramm im Überblick:

- 1.** International einen verlässlichen Ordnungsrahmen für Finanzmärkte schaffen. Aber nicht die Keule der Überregulierung auspacken. S. 25
- 2.** Internationale Handelsbeziehungen weiterentwickeln und Märkte offen halten. Protektionismus ist eine klare Absage zu erteilen. S. 29
- 3.** Engpässe im Straßen- und Schienennetz beseitigen. Investitionen in Infrastruktur an wachsende Nachfrage anpassen – keine Maut-Erhöhungen. S. 21, 23
- 4.** Fehler der Unternehmensteuerreform beheben. Innovationsbremsen, Besteuerung von Kostenbestandteilen sowie die Begrenzung des Verlustvortrages beseitigen. S. 13, 25, 31
- 5.** Einkommensteuerbelastung senken. Beseitigung der steilen Progression für kleine und mittlere Einkommen („Mittelstandsbauch“). S. 31

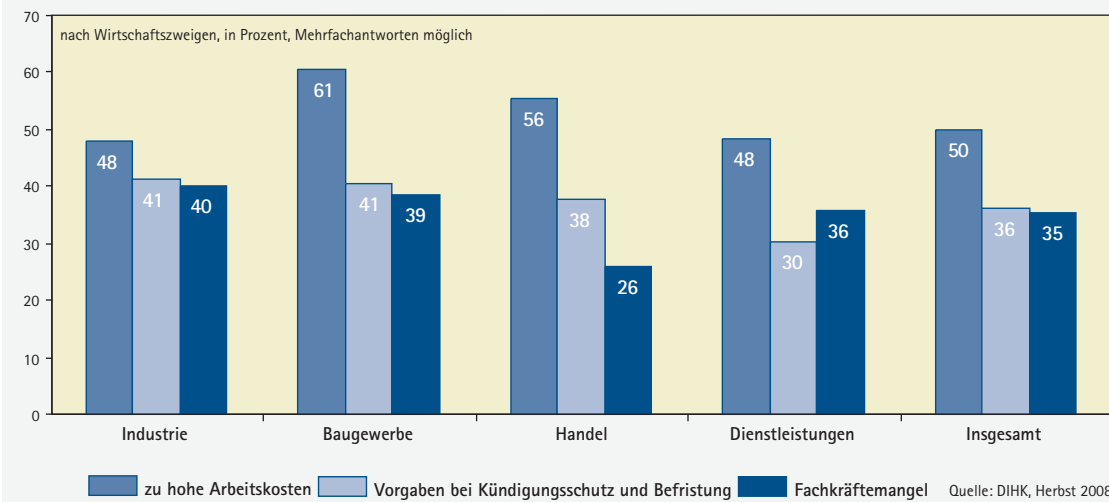
- 
- 6.** Irrweg Mindestlohn verlassen. Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte erhalten. S. 7, 19
  
  - 7.** Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung reformieren. Beiträge von den Arbeitseinkommen abkoppeln und Kapitaldeckung einführen. S. 7, 9
  
  - 8.** Zuwanderung von Fachkräften und Forschern erleichtern. Qualifikationsorientiertes Punktesystem für Zuwanderung aus Drittländern einführen. S. 7, 13
  
  - 9.** Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Kita-Öffnungszeiten flexibilisieren, Vielfalt des Betreuungsangebots fördern. S. 11
  
  - 10.** Energieforschung ausweiten. Diskriminierung einzelner Technologien beenden. S. 39

# ARBEITSMARKT

## Funktionsmängel beseitigen, Beschäftigungschancen erhöhen

### Wie es ist

Haupthindernisse für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen



- **Hohe Arbeitskosten gefährden Beschäftigung:** Hohe Arbeitskosten stellen in Deutschland ein großes Hindernis dar, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jedes zweite Unternehmen sieht in den Lohn- und Gehaltskosten, zusammen mit den Sozialabgaben, die Haupthemmnisse, neue Stellen anzubieten. Mindestlöhne würden die Kosten zusätzlich steigern: 45 Prozent der Unternehmen wären von einem 7,50 Euro-Mindestlohn betroffen, dies zeigt eine DIHK-Unternehmensumfrage. Auch der Kündigungsschutz und die Vorgaben bei der Befristung sind Jobbremsen.
- **Fachkräftemangel bleibt langfristige Herausforderung:** Trotz Finanzmarktkrise und aktuellem Konjunkturrückgang bleibt der Fachkräftemangel angesichts der demografischen Entwicklung ein wichtiges Thema. Deutschland drohen durch den Fachkräftemangel mittelfristig erhebliche Wachstumsverluste.
- **Konjunkturflaute trifft Arbeitsmarkt:** Die Arbeitslosigkeit ist im vergangenen Jahr noch deutlich gesunken. Die weltweite Wirtschaftskrise geht aber am deutschen Arbeitsmarkt nicht spurlos vorüber. Neuregelungen beim Kurzarbeitergeld helfen, den Beschäftigungsabbau im Jahr 2009 abzumildern.
- **Geringqualifizierte sind besonders betroffen:** Fehlende berufliche Qualifikationen führen häufig in die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten beträgt 20 Prozent, ihre Beschäftigungsquote liegt bei nur 54 Prozent. Deutlich besser stehen Akademiker da – hier sind lediglich fünf Prozent arbeitslos, während 84 Prozent einer Beschäftigung nachgehen. Der Einstieg in Arbeit für Geringqualifizierte ist nach wie vor schwierig.

## Was zu tun ist

Nur ein funktionsfähiger Arbeitsmarkt kann einen hohen Beschäftigungsstand sichern. Die Politik muss bestehende Hemmnisse konsequent abbauen, darf richtige Reformen nicht zurückdrehen und keine neuen Barrieren errichten.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Arbeitskosten senken – Krise berücksichtigen:** Angesichts der Wirtschaftskrise kommen einer zurückhaltenden Lohnpolitik und Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung große Bedeutung zu. Manager wie Beschäftigte müssen gemeinsam einen Beitrag zur Bewältigung der schwierigen Situation leisten. Der Staat ebenso: Die Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung sollte vom Arbeitseinkommen abgekoppelt werden. Auch bei der Entgeltfortzahlung ist mehr Eigenverantwortung geboten – z.B. durch Karenztage. Zudem müssen die Wochenarbeitszeiten flexibler werden.
- **Irrweg Mindestlohn verlassen:** Mindestlöhne steigern die Arbeitskosten und führen zu Beschäftigungsverlusten – gerade bei Geringqualifizierten. Löhne müssen sich generell an der Produktivität orientieren. Wer dabei seinen Lebensunterhalt nicht alleine bestreiten kann, erhält zu Recht staatliche Transfers. Es müssen aber Anreize bestehen, einen möglichst großen Eigenbeitrag zu leisten – auch durch niedrig entlohnte Tätigkeiten.
- **Zuwanderung erleichtern:** Ein Baustein zur Linderung des Fachkräftemangels ist – neben einer höheren Erwerbsquote und besserer Qualifizierung von Inländern – die Zuwanderung qualifizierter Arbeitnehmer. Die trotz der Erleichterungen weiter bestehenden Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neuen EU-Beitrittsländer sollten daher aufgehoben werden – nicht nur für Akademiker. Durch eine leichtere Anerkennung ausländischer Abschlüsse könnten weitere Potenziale genutzt werden. Mittelfristig braucht Deutschland ein qualifikationsorientiertes Auswahlverfahren in Form eines Punktesystems – z.B. nach kanadischem Vorbild. Dies ermöglicht eine gezielte und flexible Zuwanderungssteuerung.
- **Arbeitsmarkt weiter flexibilisieren:** Der Kündigungsschutz sollte erst in Betrieben ab 20 Mitarbeitern gelten. Bei Abschluss des Arbeitsvertrags muss anstelle des Kündigungsschutzes eine angemessene Abfindungszahlung vereinbart werden können. Unternehmen sollten Arbeitnehmer, die der Betrieb in den letzten sechs Monaten nicht beschäftigt hat, bis zu vier Jahre lang sachgrundlos befristet einsetzen können. Betriebliche Bündnisse für Arbeit müssen rechtlich abgesichert werden – ohne Vetorecht der Tarifparteien.

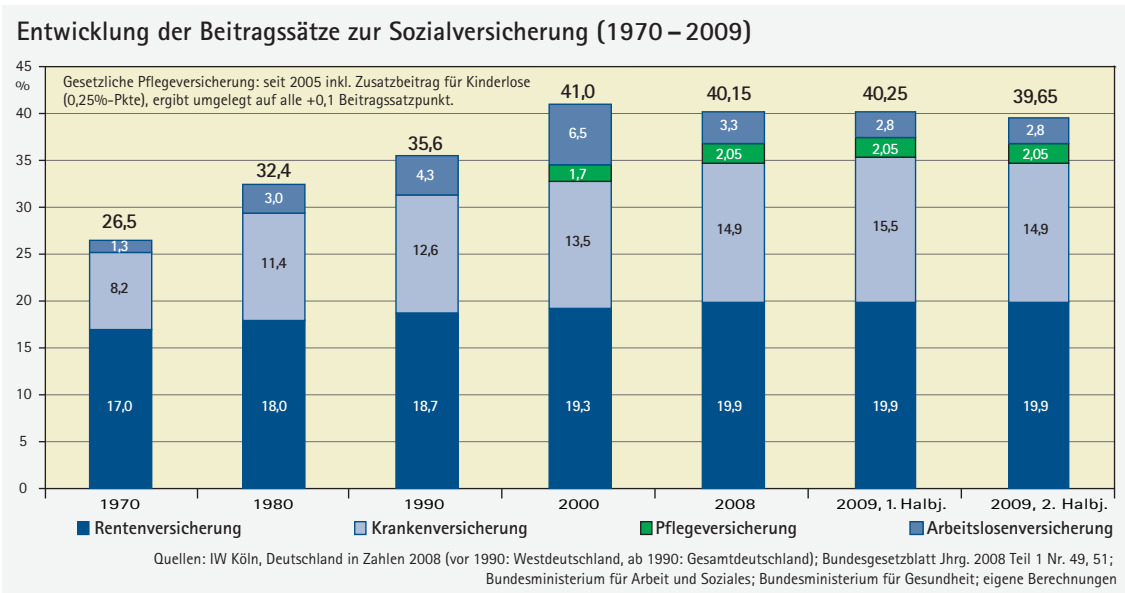
Ansprechpartner im DIHK:

Dr. Stefan Hardege | Tel.: 030 20308-1115 | [hardege.stefan@dihk.de](mailto:hardege.stefan@dihk.de)

# SOZIALE SICHERUNG

Wettbewerb stärken, Nachhaltigkeit sichern

## Wie es ist



- **Zusatzlasten – viele Änderungen, keine nachhaltige Entlastung:** Die Belastung der Betriebe und Arbeitnehmer mit Lohnzusatzkosten ist zu hoch – trotz Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags und zusätzlicher Steuerzuschüsse zur Krankenversicherung. Die demografische Entwicklung mit einem zunehmenden Anteil älterer Bürger und einer sinkenden Zahl an Erwerbstätigen wird, wenn nicht gegensteuert wird, die Belastung für die Betriebe verschärfen.
- **Krankenversicherung – Fehlentwicklungen:** Der Gesundheitsfonds stellt die Weichen falsch, die steuerfinanzierte Senkung des – gerade erst erhöhten – Beitragssatzes von 15,5 Prozent auf 14,9 Prozent verschleiert nur die tatsächlichen Kosten für die Wirtschaft. Die Lohnkopplung der Beiträge bleibt erhalten, die dringend notwendige Kapitaldeckung fehlt. Der Effizienz steigernde Kassenwettbewerb wird durch den Einheitsbeitrag reduziert. Die begrenzten Zusatzbeiträge, die die Kassen erheben können, kompensieren dies nicht.
- **Pflegeversicherung – kein großer Wurf:** Die letzte Reform änderte nichts an der Lohnkopplung, Kapitaldeckung fehlt weiterhin. Zudem wurde eine unbezahlte gesetzliche Pflegezeit von sechs Monaten für Mitarbeiter mit pflegebedürftigen Angehörigen eingeführt, die die Betriebe (ab 16 Mitarbeitern) belastet.
- **Rente – Rückfall in Interventionen:** Die unsystematische Rentenerhöhung 2008/2009 durch Aussetzen des Riesterfaktors kostet Unternehmen und Bürger allein bis 2013 zwölf Mrd. Euro. Eine anschließende Korrektur ist äußerst unwahrscheinlich, so dass künftige Generationen zusätzlich belastet werden.

## Was zu tun ist

Die Zeit für nachhaltige Reformen drängt. Je länger in der Kranken- und Pflegeversicherung gewartet wird, desto größer werden die Probleme. Umso mehr dürfen erreichte Ziele – z.B. in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) – nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung wettbewerbsfähig gestalten:** Die Abkopplung der Beiträge von den Löhnen und der Übergang auf pauschale Prämien sind mit Blick auf die hohen und ansonsten weiter steigenden Belastungen der Arbeitskosten in beiden Systemen dringend notwendig. Der soziale Ausgleich kann zielgenau und transparent im Steuer-Transfer-System durchgeführt werden. Die Einführung von Kapitaldeckungselementen ist erforderlich, die demografische Entwicklung wird die Systeme ansonsten unter enormen Druck setzen. Eine gesetzliche Pflegezeit lehnt die Wirtschaft ab, da sie die Belastungen auf die Betriebe wälzt und deren bestehendes individuelles Engagement untergräbt. Flexible, freiwillige Lösungen zwischen Betrieb und Arbeitnehmer sollten die zunehmend notwendige Vereinbarkeit von Beruf und Pflegeaufgaben fördern.
- **Erfolge in der Rente nicht aufs Spiel setzen:** Die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist richtig. Eine längere Lebenserwartung muss sich auch in einer längeren Lebensarbeitszeit widerspiegeln – nicht nur um Beitragslasten zu vermeiden, sondern auch um das Fachkräfteangebot für die Wirtschaft zu sichern. Diese Stabilisierung der GRV darf nicht gefährdet werden: wie durch das Aussetzen des Riesterfaktors bereits geschehen. Flexible Übergänge in die Rente sind dagegen einfacher zu gestalten als bisher, vorausgesetzt Beitrags- und Steuerzahler werden nicht belastet. Die Teilrente – als Möglichkeit des vorzeitigen Rentenbezugs mit entsprechenden Abschlägen – sollte daher flexibilisiert werden. Hinzuverdienstgrenzen sind hingegen überflüssig.
- **Gesetzliche Unfallversicherung sinnvoll modernisieren:** Die Reform der gesetzlichen Unfallversicherung führt zu keiner ausreichenden Entlastung der Unternehmen. Dazu müssten sich Leistungen noch stärker als bisher auf betriebsbedingte Risiken konzentrieren. Als Einstieg in eine Privatisierung von Leistungen und eine zukunftssichere Finanzierung der Unfallversicherung über Kapitaldeckung sollten sich Arbeitnehmer gegen Wegeunfälle künftig privat versichern.
- **Künstlersozialversicherung reformieren:** Die Künstlersozialabgabe belastet die betroffenen Betriebe stark. Sinnvoll wäre es, dass zumindest Betriebe nur dann diese Abgabe zahlen müssten, wenn sie einen versicherten Künstler oder Publizisten beauftragen. Vereinfachungen wie eine Bagatellgrenze oder die eindeutige Definition „regelmäßiger“ Aufträge würden Erleichterung gerade für kleine und mittlere Betriebe schaffen und Bürokratie abbauen.

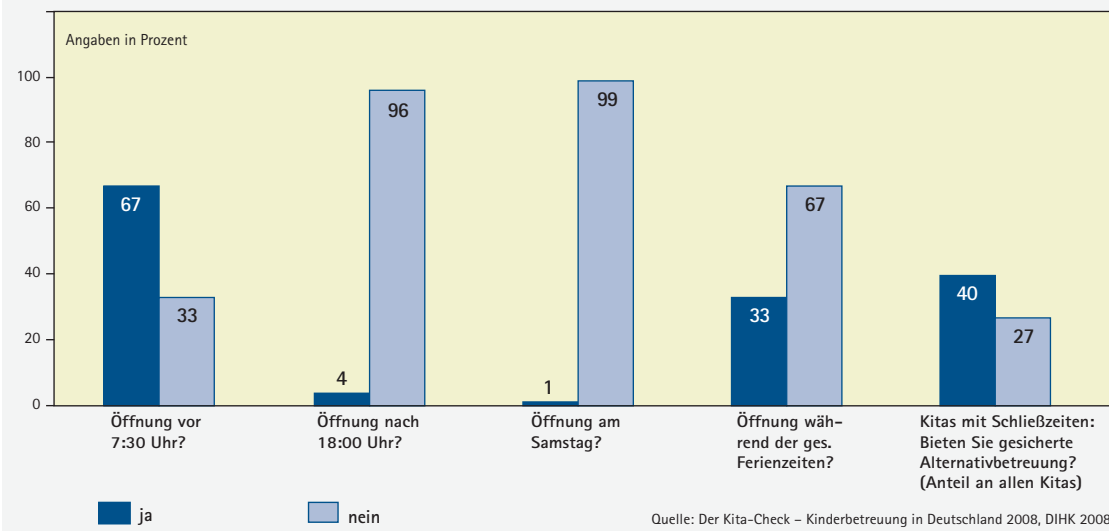
Ansprechpartnerin im DIHK:  
Dr. Anne Zimmermann | Tel.: 030 20308-1116 | zimmermann.anne@dihk.de

# FAMILIE UND BERUF

## Vereinbarkeit verbessern, Betreuungsangebote flexibilisieren

### Wie es ist

#### Bietet Ihre Kita Folgendes an?



- **Politik hat wichtige Entwicklungen angestoßen:** Damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf umgesetzt werden kann, ist eine gut ausgebaute Infrastruktur notwendig. Hier sind wichtige Schritte eingeleitet worden: Bis zum Jahr 2013 werden ca. 500.000 neue Betreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen, die Kosten werden zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Auch gibt es ab 2013 für Kinder über ein Jahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung.
- **Engagement der Unternehmen hoch:** Die Betriebe leisten bereits einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Beispielsweise bieten sie flexible Arbeitszeiten (knapp 83 Prozent) oder Teilzeitregelungen (knapp 78 Prozent) an bzw. planen es für die Zukunft. Auch die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Elternzeit hat Priorität: Knapp 80 Prozent der Betriebe halten während dieser Zeit Kontakt oder haben dies künftig vor. Dieses Engagement ist jedoch kein Ersatz für eine funktionierende Kinderbetreuungsinfrastruktur.
- **Mangelnde Flexibilität in der Kinderbetreuung:** Die Öffnungszeiten von Kitas unter der Woche sind zu kurz, samstags sind sie kaum geöffnet, auch bei der Ferienbetreuung hapert es – in Sachen Flexibilität ist noch viel zu tun, ein klares Ergebnis des Kita-Check 2008. Auch Kooperationen zwischen Kitas und Betrieben sind sehr selten, Belegplätze gibt es nur in sechs Prozent der Kitas, Notfallbetreuung für Betriebe nur in vier Prozent. Immerhin 17 Prozent der Kitas organisieren mit Betrieben eine Ferienbetreuung.

## Was zu tun ist

Innerhalb eines sinnvollen Gesamtkonzepts der Betreuungslandschaft sollte die Qualität der Betreuung zum Wohl des Kindes im Vordergrund stehen. So lässt sich erreichen, dass mehr qualifizierte Eltern (wieder) am Erwerbsprozess teilnehmen.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Flexibilität verbessern:** Die Kita-Öffnungszeiten, auch an Wochenenden und in den Ferien, müssen sich stärker an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren. Unflexible Öffnungszeiten beeinträchtigen sowohl Familien als auch Betriebe, die z.B. ihren Mitarbeitern keine passenden Belegplätze in Kitas anbieten können oder deren Angebote flexibler Arbeitszeiten ins Leere laufen. Hier sind in erster Linie die Träger und Jugendämter gefordert, bei Bedarf die Flexibilität zu ermöglichen.
- **Mit Gutscheinen Qualität und Vielfalt fördern:** Die öffentliche Förderung könnte mittelfristig über ein Gutscheinsystem umgesetzt werden. Eltern können diese Betreuungs- und Bildungsgutscheine in anerkannten Einrichtungen – ob in einer Kita oder bei einer Tagesmutter – einlösen. So nehmen sie durch ihre Wahl unmittelbar Einfluss auf die Qualität des Angebots, fördern Wettbewerb und somit den Eintritt privatwirtschaftlicher Anbieter.
- **Gleichbehandlung gewährleisten:** Alle Träger und Anbieter von Kinderbetreuung – private, öffentliche und freigemeinnützige – müssen bei Erfüllung der vorgeschriebenen Qualitätsstandards die öffentliche Förderung erhalten können. Die Länder sind gefordert, diese Gleichbehandlung flächendeckend umzusetzen und insbesondere privat-gewerbliche Einrichtungen in die Förderung einzubeziehen.
- **Kooperationen fördern, Vernetzung stärken:** Ob Belegplätze, Notfall- oder Ferienbetreuung: Zusammenarbeit hilft allen Beteiligten. Kitas und Träger gewinnen Kunden, Betriebe unterstützen mit erfahrenen Partnern ihre Mitarbeiter bei der Kinderbetreuung, Kommunen und Betriebe stärken ihren Standort. Die Lokalen Bündnisse für Familie bringen unter Beteiligung der IHKs die Akteure zusammen. Das Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ mit dem Netzwerkbüro im DIHK informiert u.a. mit guten Beispielen über familienfreundliche Personalpolitik.
- **Die Schule nicht aus dem Blick verlieren:** Die Schwierigkeiten enden nicht mit dem Eintritt in die Grundschule, sondern beginnen dann häufig erst. Fehlende Ganztagschulen, mangelnde Nachmittagsbetreuung in Horten oder unzureichende Angebote in den Schulferien machen es Eltern und Betrieben besonders schwer. Die Länder und Kommunen sollten sich verstärkt einsetzen, um Lösungen und Kooperationen zwischen Schulen und Trägern von Betreuungseinrichtungen zu finden und zu stärken. Sinnvolle und funktionierende Ganztagsbetreuung muss flächendeckend angeboten werden, damit mehr Eltern am Wirtschaftsleben teilnehmen können, was zudem den Fachkräftemangel in den Betrieben lindert.

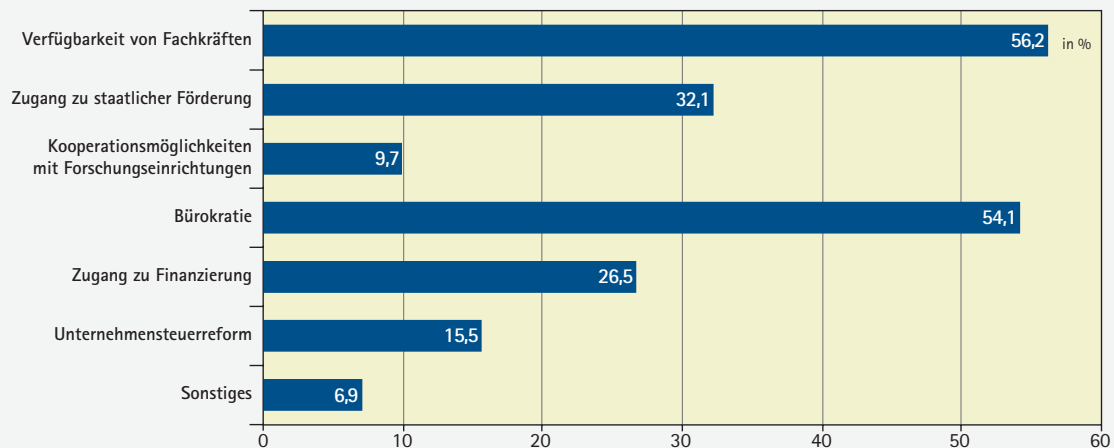
Ansprechpartnerin im DIHK:  
Dr. Anne Zimmermann | Tel.: 030 20308-1116 | zimmermann.anne@dihk.de

# FORSCHUNG UND INNOVATION

## Fachkräftemangel bewältigen, Innovationsstandort Deutschland stärken

### Wie es ist

In welchen Bereichen liegen aus Sicht Ihres Unternehmens die wesentlichen Innovations-Hemmnisse am Standort Deutschland? (bis zu drei Antworten möglich)



Quelle: DIHK-Innovationsreport 2008/2009

- **Fachkräftemangel ist Innovationshemmnis ersten Ranges:** Für Forschung und Entwicklung (FuE) brauchen Unternehmen hoch qualifiziertes Personal, das in der Lage ist, neue Ideen zu generieren und unternehmerisch umzusetzen. Eine Umfrage des DIHK bestätigt: Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben Schwierigkeiten, geeignete Naturwissenschaftler und Techniker zu rekrutieren – mit negativen Folgen für ihre Innovationsfähigkeit.
- **Forschungs- und Innovationspotenzial des Mittelstands ist unausgeschöpft:** KMU erbringen derzeit noch einen eher kleinen Anteil der Forschung in Deutschland, da sie mit Blick auf Finanzierung, Kapazitäten und Strategieentwicklung im FuE-Prozess häufig Nachteile haben. Damit liegt ein großes Potenzial brach, denn ihre Fähigkeit, neue Technologien zu nutzen und auf die Veränderungen der Marktbedürfnisse rasch zu reagieren, verleiht KMU eine Schlüsselrolle für den Erfolg der deutschen Wirtschaft.
- **Finanzierung bleibt „Gretchenfrage“ für den Mittelstand:** Die meist niedrige Eigenkapitaldecke, vor allem junger KMU, erschwert die Finanzierung von Innovationen. Verschärfte Risikoprüfungen bei der Kreditvergabe in Folge der Finanzmarktkrise treffen insbesondere Innovationsprojekte. Der Markt für Beteiligungskapital als alternative Finanzierungsquelle ist in Deutschland unterentwickelt. Die im Zuge der Unternehmensteuerreform eingeführte Beschränkung des Verlustvortrags macht Investitionen in Hightech-Gründungen unattraktiv.
- **Steuerreform bremst High-Tech-Strategie:** Progressive innovationspolitische Maßnahmen der „High-Tech-Strategie“ der Bundesregierung werden durch einzelne Regelungen der Unternehmensteuerreform 2008, z.B. die Besteuerung von Funktionsverlagerungen mit ihrer Gefahr der Substanz- und Doppelbesteuerung, konterkariert. Zudem werden Innovationen oftmals durch Bürokratie erschwert, wie z.B. bei Zulassungs- oder Genehmigungsverfahren. Auch das öffentliche Vergaberecht berücksichtigt Innovationen nicht ausreichend.

## Was zu tun ist

Um den Innovationsstandort Deutschland zu stärken, müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für private FuE durch einen Gesamtansatz verbessert werden.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Fachkräftemangel bewältigen:** Neben einer besseren Ausschöpfung des vorhandenen Erwerbspersonpotenzials und erhöhten Bildungsanstrengungen muss die Zuwanderung hochqualifizierter, ausländischer Fachkräfte weiter erleichtert werden. Für Qualifizierte aus Drittstaaten bietet sich perspektivisch ein qualifikationsorientiertes Auswahlverfahren in Form eines Punktesystems an – nach z.B. kanadischem Vorbild.
- **Innovationsbremsen im Steuerrecht lösen:** Die standortschädlichen Elemente der Unternehmensteuerreform wie die Besteuerung von Funktionsverlagerungen, die Einführung der Zinsschranke sowie die Begrenzung des Verlustvortrages müssen dringend korrigiert werden, um den FuE-Investitionsstandort Deutschland nicht zu gefährden. Eine insgesamt niedrige Steuer- und Abgabelast schafft Handlungsspielräume auch für FuE-Investitionen der Unternehmen.
- **Wissens- und Technologietransfer stärken:** Mit der Initiative zum Wissenschaftsfreiheitsgesetz ist ein erster Schritt zur Stärkung der Autonomie und Eigenverantwortung von Forschungseinrichtungen erfolgt. Dies kann die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft erleichtern. Solche Maßnahmen müssen ausgebaut werden – auch mit Blick auf die Hochschulen. Das Instrument der Forschungsprämie, das die Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen verbessern sollte, hat bislang nicht die erhoffte Wirkung gezeigt. Die Forschungsprämie sollte mit Blick auf Möglichkeiten zur Entbürokratisierung und zur Erhöhung der Anreizwirkung überprüft werden.
- **Langfristige Kosteneffizienz von Innovationen stärker berücksichtigen:** Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen sollte der Staat bei der Preis-Leistungs-Abwägung die längerfristige Kosten- und Leistungsentwicklung innovativer Verfahren und Produkte stärker berücksichtigen.
- **Finanzierungen für Innovationen erleichtern:** Um gezielte Anreize für zusätzliche private FuE-Investitionen, insbesondere der KMU, zu schaffen, sollte auf die Verbesserung der Wagniskapital- (z.B. Fondslösungen) und Bürgschaftsfinanzierung sowie der Projektförderung (z.B. mehr themenoffene Programme) gesetzt werden. Auch die steuerliche FuE-Förderung kann bei richtiger Ausgestaltung in Betracht gezogen werden – allerdings nur ergänzend zum gesamten Maßnahmenbündel. Wer einseitig und in erster Linie auf die steuerliche FuE-Förderung setzt, läuft jedoch Gefahr, dass der politische Handlungsdruck bei den anderen vordringlichen Themen nachlässt und hier nichts mehr oder zu wenig geschieht. Dies gilt nicht zuletzt für die so dringend erforderliche Überarbeitung der Unternehmensbesteuerung.

Ansprechpartner im DIHK:

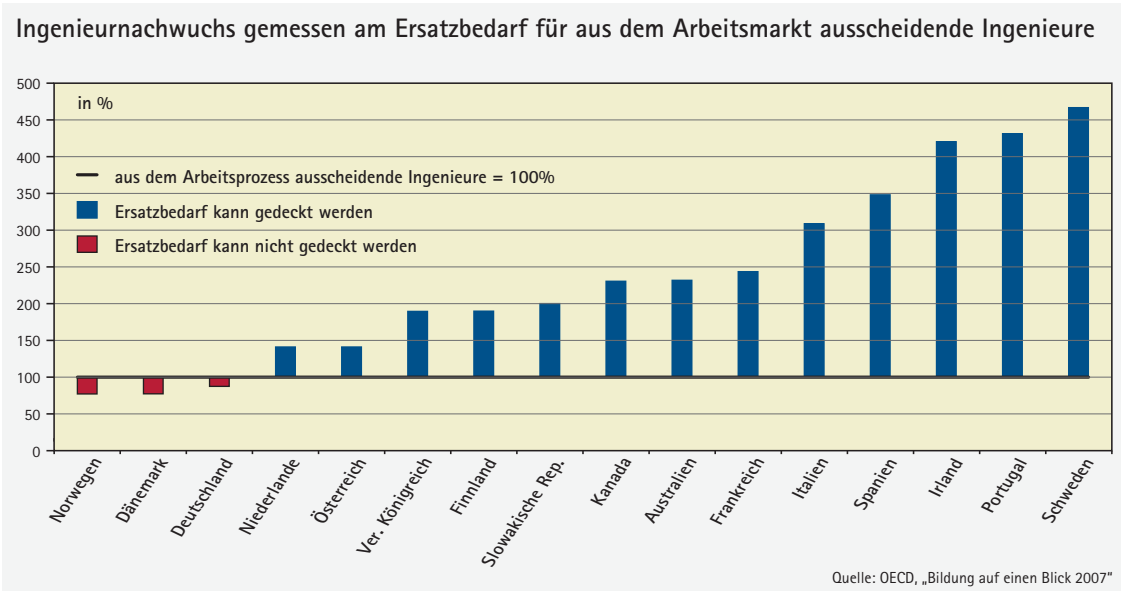
Anna Maria Heidenreich | Tel.: 030 20308-1506 | heidenreich.anna@dihk.de

Michael Liecke | Tel.: 030 20308-1540 | liecke.michael@dihk.de

# KINDERGÄRTEN, SCHULEN UND HOCHSCHULEN

## Qualität steigern, Fachkräftepotenzial sichern

### Wie es ist



- **Ingenieure und Naturwissenschaftler sind Mangelware:** Schon heute fehlen der Wirtschaft rund 70.000 Naturwissenschaftler und Ingenieure. Anders als in anderen OECD-Ländern, wo das Verhältnis jüngerer zu älteren Ingenieuren deutlich günstiger ist, kann in Deutschland in Zukunft nicht einmal die Lücke geschlossen werden, die durch Ausscheidende aus dem Arbeitsleben entsteht.
- **Bildungspotenziale werden nicht ausgeschöpft:** Die Zahl der Studienabbrecher ist in den vom Fachkräftemangel besonders betroffenen Fächern mit 30 bis 40 Prozent viel zu hoch. Zudem beschränken enge Zugangskriterien der Hochschulen Qualifizierungschancen von beruflich Qualifizierten.
- **Schülerzahlen brechen ein:** Im Schuljahr 2007/2008 lag die Zahl der Einschulungen bei 803.000, die der Schulabgänger bei 940.000. Im Jahr 2020 werden es nur noch 685.000 Erstklässler und 780.000 Schulabgänger sein.
- **Naturwissenschaftlicher Unterricht beginnt zu spät und wird in der Oberstufe zu oft abgewählt:** Das Experimentieren – Kern naturwissenschaftlichen Forschens und damit die Faszination an naturwissenschaftlichem Arbeiten – kommt zu kurz. In diesen Fächern ist der Lehrermangel besonders groß.
- **Potenziale frühkindlichen Lernens werden verschenkt:** Deutschland investiert in das frühkindliche Lernen zu wenig. Besonders förderbedürftige Kinder, z.B. aus Migranten- und sozial schwachen Familien, besuchen zu selten Kindergärten.
- **Es fehlt ein Qualitätswettbewerb im Bildungssystem:** Obwohl jährlich fast 100 Mrd. Euro an öffentlichen Ausgaben in den Bildungssektor fließen, gibt es keine Prüfung, wie effizient diese Mittel eingesetzt werden. Auch ein qualitätssteigernder Wettbewerb wird nicht gefördert.

## Was zu tun ist

Bildungspolitik ist Standortpolitik. Versäumnisse der Bildung beeinträchtigen nicht zuletzt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am Standort Deutschland. Die demografische Entwicklung macht es zudem erforderlich, alle Bildungspotenziale auszuschöpfen.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

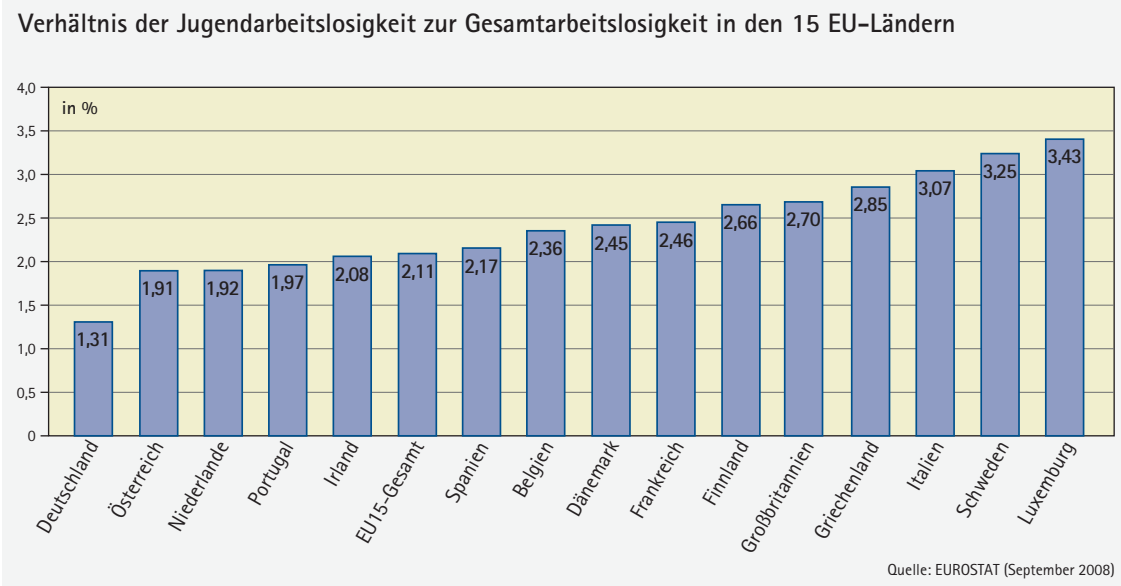
- **Lernen im Vorschulbereich fördern:** Eine gute frühkindliche Bildung erhöht die Chancen auf den Lernerfolg in der Schule und damit auf eine gute Ausbildungsreife. Deshalb ist im letzten Kindergartenjahr eine Vorschulpflicht einzuführen. Die Sprachförderung ist zu verbessern. Kindergärten brauchen auch wissenschaftlich ausgebildetes Personal. Gute frühkindliche Bildung ist insofern auch für die Unternehmen von besonderer Bedeutung.
- **Kooperationen zwischen Eltern, Schulen, Hochschulen und Wirtschaft intensivieren:** Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Eltern und Schule helfen, die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Mit besseren schulischen Leistungen haben sie bessere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Die Zusammenarbeit der Schulen und Hochschulen mit Betrieben verbessert die Berufs- und Studienorientierung der Schulabgänger und hilft dabei, Studiengänge wirtschaftsnah weiterzuentwickeln.
- **Naturwissenschaftliche Bildung stärken:** Zur Sicherung des Fachkräftepotenzials müssen mehr Kinder und Jugendliche für die naturwissenschaftlich-technischen Fächer gewonnen werden. Mehr Experimente im Unterricht oder ein Fach Naturphänomene schon in der Grundschule können hierzu beitragen. Mindestens zwei Naturwissenschaften sollten bis zum Abitur verpflichtend bleiben.
- **Hochschulzugang flexibilisieren:** Für einen zunehmenden Anteil von Tätigkeiten benötigt die Wirtschaft wissenschaftlich qualifiziertes Personal. Deshalb müssen Übergänge von der beruflichen Bildung an die Hochschulen erleichtert werden. Vorqualifikationen müssen angerechnet werden.
- **In die Qualität der Bildungsangebote investieren:** Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft muss die Qualität von Ausbildung und Studium der künftigen Fachkräfte stimmen. Die auf dem Qualifizierungsgipfel vereinbarten Investitionen von sieben Prozent des BIP für das Bildungssystem müssen in Qualitäts- und Zukunftssicherung investiert werden. Schulen und Hochschulen tragen gleichzeitig größere Verantwortung für die Qualität ihrer Leistungen. Wirtschaftsnahen Themen müssen in die Gestaltung der Curricula und der Lehre einbezogen werden, um das Verständnis zwischen Jugend und Wirtschaft zu verbessern. Die Zahl der Schul- und Studienabbrecher muss im Sinne eines effizienten Umgangs mit finanziellen Ressourcen deutlich sinken.

Ansprechpartnerinnen im DIHK:  
Berit Heintz | Tel.: 030 20308-2513 | [heintz.berit@dihk.de](mailto:heintz.berit@dihk.de)

# BETRIEBLICHE AUSBILDUNG

## Erfolgsmodell stärken, Fachkräfte sichern

### Wie es ist



- **Praxisnahe Ausbildung sorgt für Integration in den Arbeitsmarkt:** 1,6 Millionen Jugendliche absolvieren derzeit eine duale Ausbildung – ein Garant für gute Arbeitsmarktschancen. Im Verhältnis von Jugendarbeitslosenquote zu Gesamtarbeitslosenquote steht Deutschland EU-weit am besten dar. Die Jugendarbeitslosigkeit ist hierzulande mit elf Prozent niedriger als in Ländern mit rein schulischen Ausbildungssystemen wie Frankreich oder Finnland (19 bzw. 16 Prozent).
- **Wirtschaft engagiert sich:** Die Betriebe tragen mit jährlich 30 Mrd. Euro rund 80 Prozent der Ausbildungskosten und bilden häufig über den eigenen Bedarf aus. Zusätzlich engagieren sich Unternehmer ehrenamtlich in 30.000 Prüfungsausschüssen der IHKs. Sie zeigen damit eine hohe gesellschaftliche Verantwortung.
- **Ausbildungspakt ist Erfolgsgarant:** 2008 gab es erstmals seit sieben Jahren schon vor der Nachvermittlung mehr unbesetzte Stellen (19.500) als unvermittelte Bewerber (14.500). Voraussichtlich werden 2009 angesichts der äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage weniger Verträge abgeschlossen als 2008. Dies wird aber auch an dem demografisch bedingten Bewerberrückgang (ca. minus vier Prozent) liegen.
- **Betriebe sorgen vor:** Die Mehrheit der Betriebe hält trotz schwieriger Wirtschaftslage ihr Ausbildungsengagement aufrecht und sichert so den Nachwuchs. Im zurückliegenden Aufschwung fehlten etwa 400.000 Fachkräfte, vor allem in technischen Berufen, so das Ergebnis einer DIHK-Umfrage.
- **Mangelnde Ausbildungsfähigkeit gefährdet Nachwuchssicherung:** Über 20 Prozent der Schulabgänger können laut PISA-Ergebnissen nur auf Grundschulniveau lesen und schreiben. 80.000 Jugendliche (acht Prozent eines Jahrgangs) beenden die Schule ohne Abschluss. Immer mehr Ausbildungsplätze können von den Unternehmen nicht besetzt werden, weil geeignete Bewerber fehlen.

## Was zu tun ist

Die betriebliche Ausbildung ist äußerst erfolgreich. Sie muss nicht vom Kopf auf die Füße gestellt, aber angesichts der demografischen Entwicklung gestärkt werden.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **„Dual mit Wahl“ weiter umsetzen:** Das Modell der IHK-Organisation verbindet die Vorzüge der dualen Ausbildung mit flexiblen Wahlmöglichkeiten. „Dual mit Wahl“ hat die Politik und andere Akteure in der Beruflichen Bildung überzeugt und ist erfolgreich in der Praxis angekommen. Das Modell stand bereits bei ersten Neuordnungen von Berufen Pate und muss weiter umgesetzt werden.
- **Ausbildungspakt engagiert fortsetzen:** Die Akquisition neuer Ausbildungsplätze bleibt gerade bei der angespannten wirtschaftlichen Situation vorrangiges Ziel des Ausbildungspakts. Nach den Erfolgen der letzten Jahre sind mit den Themen „Berufsorientierung“ und „Ausbildungsreife“ neue Schwerpunkte zu setzen. Bei zurückgehenden Schulabgängerzahlen müssen mehr Jugendliche ausbildungsfähig die Schule verlassen. Dieses Ziel können die Paktpartner nur gemeinsam mit den Kultusministern der Bundesländer erreichen.
- **IHK-Prüfungen stärken:** Die duale Ausbildung muss weiterhin mit hochwertigen, praxisnahen und bundeseinheitlichen Prüfungen abschließen. Das Verhältnis zwischen Aussagekraft der Prüfungen und Aufwand für die Betriebe muss ausgewogen sein. Die Belastungen des Ehrenamtes sind zu berücksichtigen, so dass auch künftig genügend gut qualifizierte ehrenamtliche Prüfer gewonnen werden.
- **Vollzeitschulische Ausbildungsgänge zurückfahren:** Angesichts rückläufiger Schulabgängerzahlen müssen betriebliche Ausbildungsplätze vorrangig besetzt werden. Die Bundesländer sollten daher vollzeitschulische Ausbildungsgänge nur dann genehmigen, wenn für die Qualifikation am Arbeitsmarkt Bedarf besteht und betriebliche Ausbildungsplätze nicht verdrängt werden.
- **Betriebliche Ausbildung bestmöglich in Europa positionieren:** Die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens und des Europäischen Leistungspunktesystems in Deutschland muss einen praktischen Mehrwert für die Unternehmen bringen. Insbesondere für den Deutschen Qualifikationsrahmen sind Arbeitsmarktorientierung, Transparenz und Mobilität die wichtigsten Kriterien. Die besondere Qualität der deutschen Abschlüsse muss durch eine hohe Einordnung in die Niveaustufen des Qualifikationsrahmens sichtbar werden.
- **Marketing verstärken:** Leistungsfähige junge Menschen, Politik und Gesellschaft müssen davon überzeugt werden, dass die duale Qualifizierung ein Innovationssystem mit großen Karrierechancen ist. Mit den jährlichen Ehrungen der besten Azubis auf regionaler, Landes- und Bundesebene existiert bereits ein wichtiger Marketingbaustein.

Ansprechpartner im DIHK:

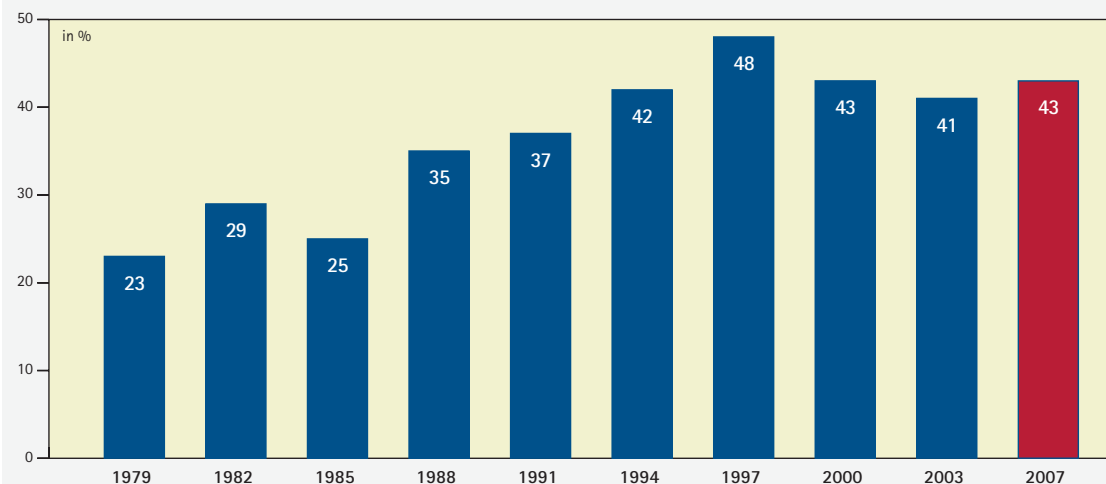
Markus Kiss | Tel.: 030 20308-2516 | [kiss.markus@dihk.de](mailto:kiss.markus@dihk.de)

# WEITERBILDUNG

Wettbewerb erhalten, Engagement erhöhen

## Wie es ist

Beteiligung an Weiterbildung (1979–2007)



Quelle: Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland – Eckdaten zum BWS-AES, München 2008

- **Sinkendes Qualifikationsniveau erfordert mehr Weiterbildung:** Prognosen zufolge wird die „PISA-Generation“ weniger gut ausgebildet sein als die heutige Erwerbsbevölkerung – womit der Weiterbildungsbedarf deutlich steigt. Zudem gilt wegen des demografischen Wandels für den internationalen Standortwettbewerb: Je weniger wir werden, desto besser müssen wir sein.
- **Mentale Schräglage beseitigen:** Die große Mehrheit der Menschen antwortet auf die Frage nach ihrer Haltung zur Weiterbildung mit großer Sympathie. Dennoch nimmt kaum die Hälfte aktiv daran teil. Wünsche und reales Handeln fallen weiterhin auseinander, da aktives Engagement nur gelegentlich geübt wird.
- **Politikziele ernst nehmen:** Im Gefolge des „Innovationskreises Weiterbildung“ – einer BMBF-Expertenrunde – hat die Bundesregierung 2008 eine Zielvorgabe gesetzt, zu deren Erreichung alle Akteure ihren Beitrag leisten müssen: Die Steigerung der individuellen Weiterbildungsbeteiligung von 43 auf 50 Prozent bis 2015 darf keine bloße Ankündigung bleiben.
- **Kompetenz Älterer zu wenig genutzt:** Demografischer Wandel und Fachkräftelücke erfordern ein grundsätzliches Umdenken, um die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer zu erhalten. Die Weiterbildungsquote Älterer ist vergleichsweise gering. Erfahrungswissen wird derzeit in den Betrieben zu wenig wertgeschätzt und zu wenig genutzt.
- **Soft Skills beachten:** Neben Fachwissen steigt die Bedeutung von sozialen und methodischen Kompetenzen. Betriebe berichten von zunehmenden Defiziten ihrer Bewerber hinsichtlich dieser Anforderungen in der heutigen Arbeitswelt.

## Was zu tun ist

Die Weiterbildung ist eine unverzichtbare Reaktion auf die demografische Entwicklung bzw. auf den Fachkräftemangel der Betriebe. Sie spielt zukünftig im globalen Standortwettbewerb eine noch bedeutendere Rolle.

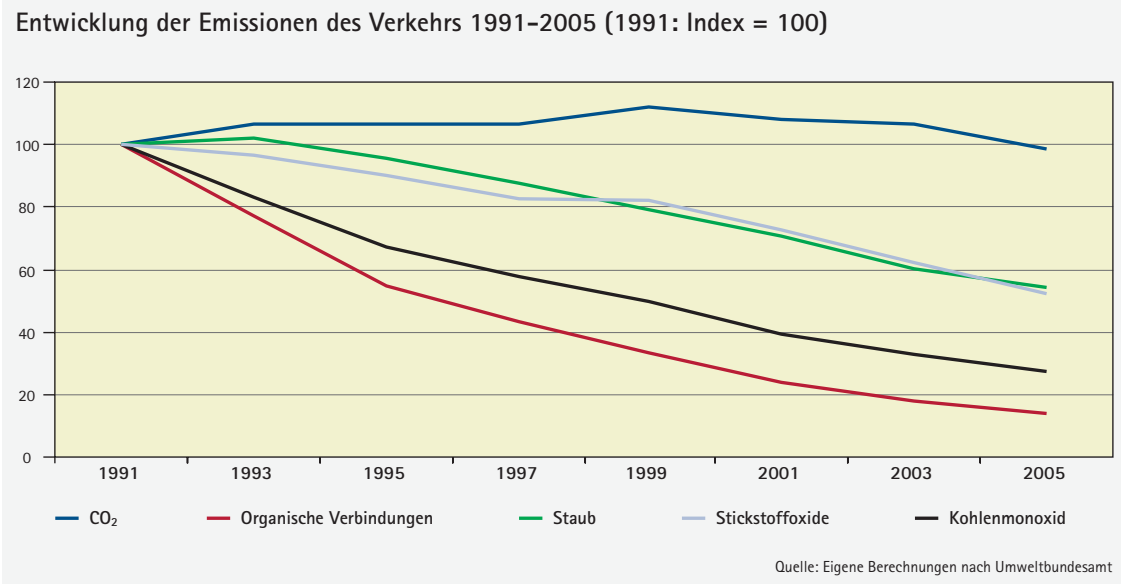
### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Vielseitige und freie Weiterbildungslandschaft erhalten:** Der Markt für Weiterbildungsangebote muss möglichst frei von staatlichen Eingriffen bleiben. Der Staat sollte allenfalls subsidiär auf dem Markt tätig werden und dafür sorgen, dass marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen erhalten bleiben. Dies sichert den Unternehmen Gestaltungsfreiheit und ermöglicht eine effiziente sowie passgenaue Weiterbildung und Personalentwicklung. Die IHKs unterstützen Unternehmen mit innovativen Bildungskonzepten und garantieren die Wirtschaftsnähe von Weiterbildung durch die Partizipation der Unternehmen.
- **Weiterbildung europafähig machen:** Der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) kann die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen in der EU erhöhen. Die Umsetzung des EQR darf allerdings dem freien Weiterbildungsmarkt keine Daumenschrauben anlegen, wie beispielsweise über Vorgaben zur Qualität oder Lehrgangsentwicklung. Fortbildungsabschlüsse der Kammerorganisationen wie Meister oder Fachwirte, die akademischen Abschlüssen vergleichbare Kompetenzniveaus erreichen, sollten die Abschlussbezeichnung „Bachelor Professional“ tragen dürfen.
- **Mindestlöhne in der Weiterbildung vereiteln:** Mindestlöhne in der Weiterbildungsbranche verteuern Qualifizierung und schaffen zusätzliche Marktzugangsbeschränkungen. Der eingeführte Mindestlohn im Bereich der Erwerbslosenqualifizierung ist abzulehnen. Weitere Mindestlöhne müssen vereitelt werden.
- **Beratung stärken:** Für die Bildungsanstrengungen sollten adäquate Beratungsangebote durch die Marktakteure geschaffen werden. Bei der Suche nach passgenauen Maßnahmen können Experten helfen. Die IHKs bieten anbieterneutrale und objektive Weiterbildungsberatung für Unternehmen und Mitarbeitern an.
- **Internationalisierung beachten:** Unternehmen bewegen sich zunehmend auf den Weltmärkten. Daher sollten Weiterbildungsanbieter entsprechende Angebote für die Betriebe unterbreiten. Gleichzeitig sollten die Akteure, auch mit Hilfe der AHKs, ihre Chancen auf dem internationalen Markt der Weiterbildung nutzen.
- **Neue Lernkulturen fördern:** Die elektronischen Lernmedien werden in ihren Möglichkeiten immer vielfältiger und praxisnäher. Das zeigt sich insbesondere an der neuen Generation von Web 2.0-Produkten, die dadurch gekennzeichnet sind, dass die eigenständige Erstellung von Problemlösungen im Lernprozess integriert ist. Einsatzmöglichkeiten müssen geprüft und entwickelt werden.

Ansprechpartner im DIHK:

Dr. Knut Diekmann | Tel.: 030 20308-2521 | diekmann.knut@dihk.de

### Wie es ist



- **Druck der Umweltpolitik auf den Verkehr wächst:** Der Verkehr rückt trotz zumeist rückläufiger Emissionen immer stärker in den Fokus der Umweltpolitik. Obwohl er nicht Hauptemittent von Feinstaub ist und Fahrverbote diesen nicht reduzieren, erstellen immer mehr Kommunen Aktionspläne mit Verkehrsbeschränkungen – mit gravierenden Folgen für die Wirtschaft. Weitere Belastungen für die Unternehmen sind durch die EU-Umgebungslärmrichtlinie, die EU-Pläne zur Anlastung von Stau-, Lärm- und Umweltkosten im Straßengüterverkehr sowie die EU-Vorschläge zum Stadtverkehr zu befürchten.
- **Existenzprobleme bei Verkehrsunternehmen:** Der langfristige Trend eines steigenden Dieselpreises bereitet vielen Transportbetrieben erhebliche Probleme. Sie können die Mehrkosten nur zum Teil weitergeben. Bei den zumeist knappen Margen geraten die Unternehmen schnell in existenzielle Schwierigkeiten. Mit der Erhöhung der Lkw-Maut zum 1. Januar 2009 wurde das Problem verschärft.
- **Fahrermangel wird zum Problem:** Das Angebot an qualifizierten Lkw-Fahrern wird langfristig zum Engpassfaktor – besonders im Fernverkehr. Dies hat viele Gründe: Verkehrswachstum und verschärfte Regelungen zur Lenk- und Ruhezeit erhöhen den Bedarf. Gleichzeitig bildet die Bundeswehr nicht mehr in größerem Umfang aus und die Anforderungen sind durch die Berufskraftfahrerprüfung weiter gestiegen. Da es sich um ein EU-weites Problem handelt, scheidet auch die Akquisition von Fahrern aus dem Ausland aus.
- **Märkte für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sind nur unzureichend geöffnet:** Ein großer Teil des gemeinwirtschaftlichen ÖPNV wird nicht in einem wettbewerblichen Verfahren vergeben. Bemühungen der Europäischen Union sind am Widerstand vieler EU-Staaten – auch Deutschlands – gescheitert. Dies führt zu Ineffizienzen, die Bürger und Unternehmen über Steuern und erhöhte Preise kommunaler Versorgungsunternehmen finanzieren müssen.

## Was zu tun ist

Die Anstrengungen, das Verkehrssystem an die wachsenden Mobilitätsanforderungen von Gesellschaft und Wirtschaft anzupassen, sind deutlich zu erhöhen.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Umweltbelastung durch Innovation verringern, statt Verkehr weiter zu verteuern:** Wer der Umwelt helfen will, sollte nicht Verkehr vermeiden, sondern die Belastungen durch den Verkehr verringern. Brüssel und Berlin sollten deshalb verstärkt den Einsatz neuer Technologien bei Fahrzeugen und in der Telematik fördern – damit kann ein wesentlich wirksamerer Beitrag zu einer weiteren Verringerung der Umweltbelastungen durch den Verkehr geleistet werden. Bei allen Maßnahmen muss der Nutzen für die Umwelt im Verhältnis zum Aufwand abgewogen werden.
- **Leistungsfähigkeit der Verkehrs- und Logistikbranche sichern:** Der Staat darf die Kostenbelastung der Transportwirtschaft nicht durch Anhebung der Lkw-Maut und Anlastung von Stau-, Lärm- und Umweltkosten weiter erhöhen. Zusätzliche Kosten lassen sich kaum noch auf die Verlagerer überwälzen. Eine Pleitewelle in der Transportbranche würde zu einem erheblichen Know-how-Verlust führen und die deutsche Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb schwächen.
- **Neue Fahrzeugkonzepte nutzen:** Durch Lastzüge mit größerer Länge (25,25 m statt 18,75 m) und erhöhtem Gesamtgewicht (44 t statt 40 t) können vor allem Volumengüter wirtschaftlicher und mit geringeren Emissionen transportiert werden. Auch mit Blick auf den Fahrermangel bieten diese Fahrzeuge Vorteile. Allerdings müssen die Bedingungen für ihren Einsatz definiert werden – z.B. im Hinblick auf die Festlegung geeigneter Strecken und die Formulierung von Anforderungen an die Fahrer.
- **Bahnprivatisierung im Blick behalten:** Die Verschiebung des Börsengangs der Deutschen Bahn AG wegen der Finanzmarktkrise darf nicht zu einer erneuten grundsätzlichen Infragestellung führen. Das Konzept einer Teilprivatisierung der Verkehrsbereiche bei Verbleib des Netzes beim Bund ist verkehrspolitisch richtig. Denn es bietet die Chance für mehr Investitionen bei gleichzeitiger Sicherung eines diskriminierungsfreien Netzzugangs.
- **ÖPNV-Märkte für private Anbieter öffnen:** Gemeinwirtschaftliche ÖPNV-Leistungen müssen im Wettbewerb vergeben werden. Bei der Gestaltung der Vergabe muss insbesondere hinsichtlich der Schwellenwerte darauf geachtet werden, dass die im EU-Vergleich große Betreibervielfalt bei kleinen und mittelständischen Unternehmen erhalten bleibt. Die Direktvergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr und die so genannte Inhouse-Vergabe durch Kommunen an eigene Verkehrsbetriebe müssen beendet werden.

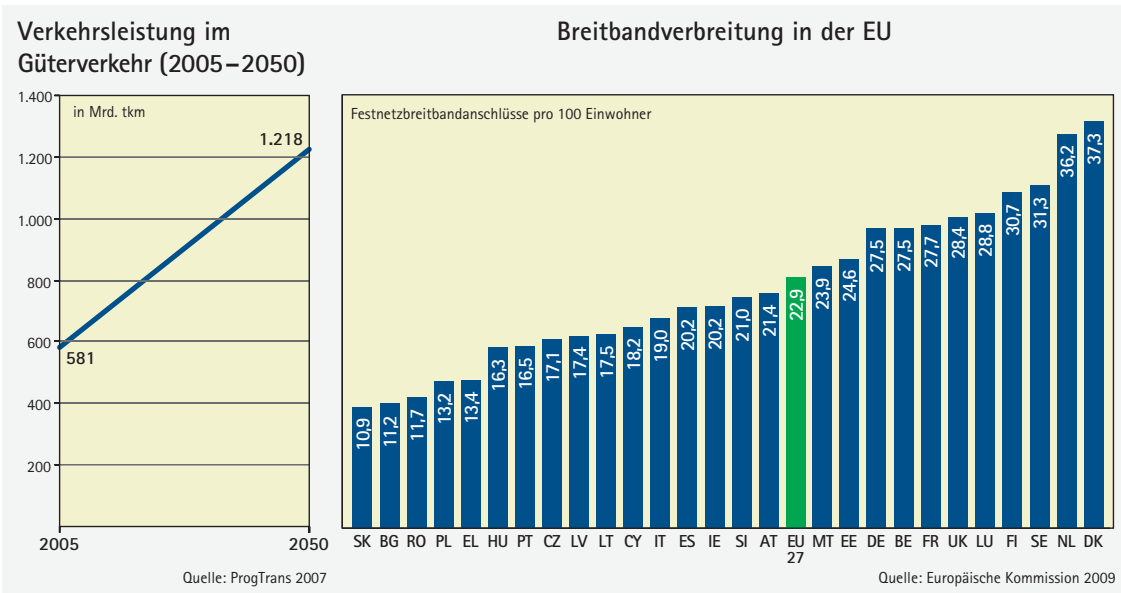
Ansprechpartner im DIHK:

Dr. Patrick Thiele | Tel.: 030 20308-2110 | [thiele.patrick@dihk.de](mailto:thiele.patrick@dihk.de)

# INFRASTRUKTUR

## Kapazitäten erweitern, Weichen stellen

### Wie es ist



- **Wirtschaftswachstum nicht ohne Verkehrswachstum:** Eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Verkehrswachstum hat nicht stattgefunden. Die Mobilität von Personen und Gütern ist auch in Zukunft für die meisten wirtschaftlichen Aktivitäten unverzichtbar. Eine aktuelle Prognose der Bundesregierung geht von einer Verdoppelung der Verkehrsleistung im Güterverkehr bis 2050 aus.
- **Investitionspolitik orientiert sich nicht am verkehrlichen Bedarf:** Viele notwendige Verkehrsprojekte liegen wegen zu geringer Haushaltsmittel auf Eis – trotz hoher Einnahmen aus Mineralöl-, Kfz-Steuer und Lkw-Maut. Deutschlands Infrastruktur lebte in den letzten Jahren von der Substanz. Der Etat zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist faktisch Spielball politischer Interessen, statt sich im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzeptes am tatsächlichen Bedarf zu orientieren.
- **Marode Infrastruktur ist finanzielle „Zeitbombe“:** Bei der Diskussion um Kapazitätserweiterungen gerät häufig aus dem Blickfeld, dass auch das Bestandsnetz eine erhebliche Finanzierungslücke aufweist. Klagen über sanierungsbedürftige Straßen und Brücken sowie Langsamfahrstellen im Schienennetz nehmen zu; viele Wasserstraßen sind für moderne Güterschiffe nicht nutzbar.
- **Verkehrskollaps steht vor der Tür:** Nach Schätzung des Auto Club Europa steht jeder deutsche Autofahrer schon heute jährlich 60 Stunden im Stau. Mit nach der Krise wieder weiter zunehmendem Verkehr werden die Häufigkeiten und die Dauer von Verkehrsstörungen weiter zunehmen. Dies verlängert die Fahrzeiten und erschwert für die Unternehmen die Berechenbarkeit von Transporten.
- **Fehlende Breitbandanschlüsse sind Standortnachteil:** Gerade der ländliche Raum ist nur unzureichend mit breitbandigen Internet-Anschlüssen versorgt. Betroffen sind auch viele offiziell ausgewiesene Gewerbegebiete und kleinere Unternehmen. Dabei könnten durch den Ausbau der Breitband-Netze in der EU bis zum Jahr 2015 bis zu zwei Mio. neue Jobs geschaffen werden.

## Was zu tun ist

Eine leistungsfähige Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur ist notwendige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Ihre Nutzung muss zu angemessenen Kosten und ohne administrative Hemmnisse möglich sein. Gerade weil der Ausbau der Infrastruktur nur langsam erfolgt, sind frühzeitig die Weichen zu stellen.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen:** Die Finanzmittel des Bundes, der Länder und der Kommunen für den Ausbau und den Erhalt der Verkehrswege müssen dauerhaft deutlich erhöht werden. Allein der Bund müsste seine Mittel für Straße und Schiene um jährlich jeweils mindestens eine Mrd. Euro erhöhen und die Mittel für die Wasserstraße auf dem heutigen Niveau fortschreiben, um das Bestandsnetz auf Dauer zu erhalten und die Kapazitäten an die wachsende Nachfrage anzupassen. Wichtig ist auch eine Beschleunigung der Planungsverfahren.
- **Investitionen verstetigen:** Die Mittel für Investitionen müssen dauerhaft angehoben und verstetigt werden. Die derzeitige Abhängigkeit von den jährlichen Haushaltsbeschlüssen erschwert eine langfristige Investitionsplanung. Der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft sind künftig Kompetenzen sowohl für Einnahmen als auch für Ausgaben zu geben, statt ihr wie bisher nur die Einnahmen aus der Lkw-Maut aus dem Bundeshaushalt zuzuweisen.
- **Hauptverkehrsachsen stärken:** Die Projekte des Bundesverkehrswegeplans sind zügig zu realisieren – mit dem Ziel, verstärkt Engpässe zu beseitigen. Dies gilt für Straße, Schiene und Wasserstraße gleichermaßen.
- **Private Finanzierungsmodelle als Ergänzung nutzen:** Private Finanzierung kann helfen, die Lücke zu schließen, die sich angesichts knapper öffentlicher Mittel und des tatsächlichen Investitionsbedarfs ergibt. Verkehrsprojekte sind jedoch durch Unsicherheiten bei Baukosten und Einnahmen sowie lange Amortisationszeiträume anspruchsvolle Investitionen. Ergänzende private Finanzierung entlastet den Staat nicht aus seiner Verantwortung, für eine nachfragegerechte Infrastruktur und bezahlbare Mobilität zu sorgen.
- **Flächendeckenden Ausbau breitbandiger Infrastruktur vorantreiben:** Gute Ansätze für den Breitbandausbau lassen sich vielerorts finden – zu begrüßen ist die Breitbandstrategie des Bundes, die die verschiedenen Aktivitäten bündeln soll. Länder, Kommunen und Unternehmen sind nun gefordert, die Infrastrukturdatenbank des BMWi zu füllen. Fördermittel sollten vorrangig zur Verlegung von Leerrohren eingesetzt werden. Frei werdende Funkfrequenzen aus dem Rundfunkbereich (die sog. digitale Dividende) sind kurzfristig für die Abdeckung „weißer Flecken“ zu nutzen.

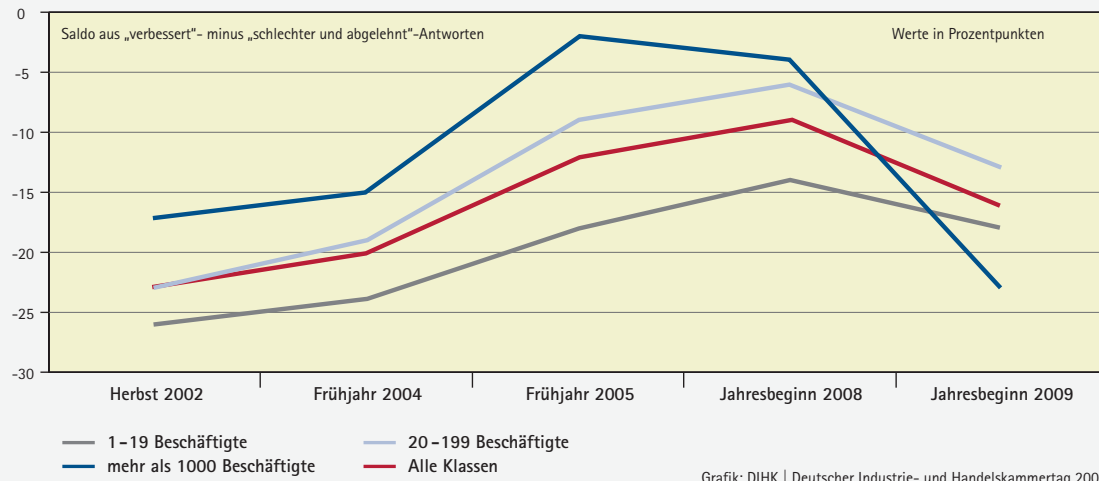
Ansprechpartner im DIHK:

Dr. Patrick Thiele | Tel.: 030 20308-2110 | [thiele.patrick@dihk.de](mailto:thiele.patrick@dihk.de)

Dr. Katrin Sobania | Tel.: 030 20308-2109 | [sobania.katrin@dihk.de](mailto:sobania.katrin@dihk.de)

### Wie es ist

Veränderung der Kreditkonditionen gegenüber Vorjahr nach Größenklassen: Kreditkonditionen haben sich verschlechtert



- **Vertrauenskrise unter den Banken:** Angesichts des hohen Abschreibungsbedarfs der Banken an „faulen“ Wertpapieren in Folge der Finanzmarktkrise ist das Vertrauen der Finanzinstitute untereinander noch nicht zurückgekehrt. Zudem belasten die Schieflagen einzelner Banken die Stabilität und Funktionsfähigkeit des gesamten Finanzmarktsystems.
- **Finanzierungskonditionen verschlechtern sich:** Befürchtungen einer flächendeckend schlechteren Finanzierungssituation sind zum Jahresbeginn 2009 nicht eingetreten. Zwei Prozent der Unternehmen berichten von Kreditablehnungen und fast 80 Prozent von gleich bleibenden oder verbesserten Konditionen. Immerhin jeder fünfte Betrieb sieht sich strafferen Konditionen gegenüber. Zudem konzentrieren sich Probleme in einigen Wirtschaftsbereichen, z.B. bei eher größeren Unternehmen sowie der Automobilindustrie und angrenzenden Branchen.
- **Konjunkturkrise belastet Unternehmensbonität:** Viele Unternehmen müssen aufgrund der rapide verschlechterten Geschäftssituation mit einer Herabstufung ihrer Bonität rechnen. Banken tragen dem mit Risikoaufschlägen, mehr Sicherheiten und stärkeren Dokumentationspflichten Rechnung.
- **Banken zunehmend risikoavers:** Neben der konjunkturellen Verschlechterung ihrer Kreditportfolios sehen sich die Banken einem hohen Abschreibungsbedarf durch „faule“ Wertpapiere gegenüber. Damit sind manche Finanzinstitute derzeit nicht in der Lage, den Unternehmen über konjunkturelle Durststrecken hinwegzuhelfen und wollen weitere Risikokonzentrationen vermeiden.
- **Stabilisierungsmaßnahmen auf dem Weg:** Mit Rettungsschirmen für Banken versuchen Regierungen und Zentralbanken weltweit das Finanzsystem zu stabilisieren. Zudem soll durch staatliche Kreditprogramme die Kreditvergabe nicht ins Stocken geraten. Gleichzeitig wird versucht, mit einer stärkeren Finanzmarktregulierung zukünftigen Krisen vorzubeugen.

## Was zu tun ist

Finanzmarktstabilität ist eine Grundvoraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Die Politik muss ein europaweit abgestimmtes Gesamtkonzept zur Bankenkonsolidierung entwickeln, um die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte zu sichern.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

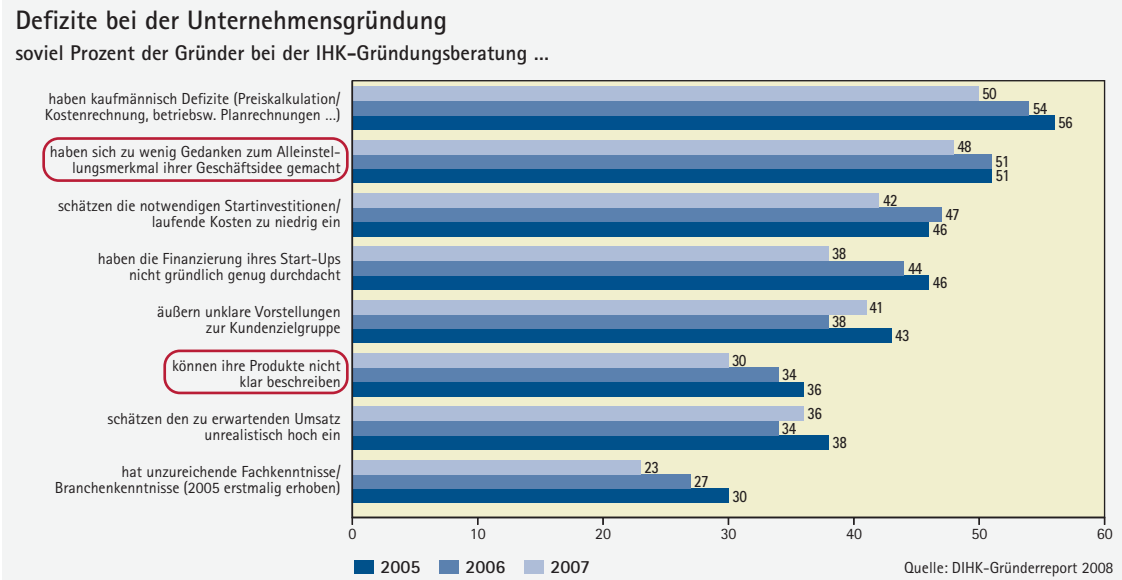
- **Systemkrise auf den Finanzmärkten lösen:** Anders als bei Unternehmen der Realwirtschaft kann die Schiefelage einer einzelnen Bank das gesamte Finanzsystems gefährden. Die Rettungsschirme für Banken waren daher alternativlos. Bei allen Maßnahmen muss jedoch klar sein: Staatliche Eingriffe dienen nicht der Stützung einzelner Banken (oder Unternehmen). Es geht um die Stabilisierung der Finanzmärkte und damit der Gesamtwirtschaft. Es muss zunächst die systemische Bedeutung der Bank geprüft werden. Zudem müssen alle privatwirtschaftlichen Alternativen – wie z.B. Übernahmen – ausgeschöpft sein. Staatliche Beteiligungen können nur die letzte Alternative sein und müssen den Beginn der Re-Privatisierung darstellen.
- **Kreditvergabe sichern – Banken fit machen:** Die exportstarke deutsche Wirtschaft braucht internationale Finanzierungskonzepte. Um die Kreditvergabe jetzt – und für den nächsten Aufschwung – zu gewährleisten, muss das Bankensystem nachhaltig konsolidiert werden. Staatliche Kreditprogramme können allenfalls überbrücken.
- **Eigenfinanzierungskraft stärken:** Wichtiger als Überbrückungsmaßnahmen ist, die Eigenfinanzierungskraft der Betriebe zu stärken. Krisen verschärfende Elemente der Unternehmensteuerreform wie die Zinsschranke, die Beschränkung der Verlustrechnung und die gewerbesteuerliche Zurechnung von Mieten, Pachten und Zinsen belasten das Eigenkapital der Unternehmen und verschärfen deren Finanzierungssituation. Sie sind deshalb zurückzunehmen.
- **Renationalisierung der Finanzmärkte in der Krise verhindern:** Durch die nationalen Bankenrettungsschirme sind die Finanzmärkte faktisch renationalisiert. Dadurch entstehen Finanzierungshürden gerade bei großen Kreditvolumina. Eine europäisch abgestimmte Vorgehensweise – wie sie teilweise schon auf dem Weg ist – ist deshalb notwendig. Dies gilt auch mit Blick auf Wettbewerbsverzerrungen.
- **Regulierung mit Maß:** Die Gefahr zukünftiger Krisen ist zu reduzieren. Ein internationaler Ordnungsrahmen für Finanzmärkte kann – z.B. über mehr Transparenz und über den Selbstbehalt von Risiken – hierzu beitragen. Allerdings werden damit Geschäftsoptionen eingeschränkt, die Finanzierungskosten erhöht und so auch die Chancen für Wachstum und Wohlstand verringert. Eine nur in Deutschland oder in Europa durchgeführte Regulierung greift zu kurz. Mit Basel II existiert bereits ein internationaler Ansatz, den es jetzt nachzujustieren und dann weltweit umzusetzen gilt.

Ansprechpartnerin im DIHK:  
Alexandra Böhne | Tel.: 030 20308-1502 | boehne.alexandra@dihk.de

# EXISTENZGRÜNDUNG

Gewerbefreiheit ausbauen, Unternehmergeist wecken

## Wie es ist



- **Unternehmer werden knapp in Deutschland:** Neue Geschäftsideen schaffen neues Wissen und fördern so Wachstum und Beschäftigung. Als rohstoffarmes Land ist Deutschland besonders auf findiges Unternehmertum und Innovationsgeist angewiesen. Doch demografiebedingt wird bis zum Jahr 2050 die Zahl der Selbstständigen von rund 3,5 Mio. um mehr als eine halbe Mio. sinken. Dieser Trend wird auch das Problem der Unternehmensnachfolge verschärfen.
- **Es fehlt an mehr Kultur der Selbstständigkeit:** Im Bildungssystem ist das Thema „Selbstständigkeit“ kaum anzutreffen. Unternehmer sehen sich oft Neiddebatten ausgesetzt. Vielfältige Regulierungen verzögern den Start als Entrepreneur. Viele Gründer haben zudem Schwierigkeiten, Startinvestitionen zu finanzieren – die Gretchenfrage für viele Start-ups.
- **Gewerbefreiheit wird zunehmend beschränkt:** Viele objektive und qualifikationsbezogene Barrieren europäischen und deutschen Ursprungs hindern Gründer am Marktzutritt. Zahlreiche Berichts- und Informationspflichten erschweren unternehmerische Aktivitäten (z.B. im Bau-, Arbeits- oder Umweltrecht).
- **Vielen Gründern fehlt Pioniergeist:** Sorge vor Erwerbslosigkeit ist laut DIHK-Gründerreport für 60 Prozent der 60.000 Teilnehmer an IHK-Gründungsberatungen das Hauptmotiv zur Gründung. Häufige Folge: Übereilte Starts, schlecht durchdachte Konzepte. 48 Prozent können nicht das Besondere am eigenen Produkt erklären, 30 Prozent ihre Produktidee nicht klar beschreiben – schlechte Voraussetzungen etwa für Gespräche mit potenziellen Geldgebern.

## Was zu tun ist

Leitmotive der Wirtschaftspolitik müssen verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und mehr Gewerbefreiheit sein. Nur so kann eine Kultur der Selbstständigkeit wachsen, die langfristig mehr und bessere Existenzgründungen initiiert.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Mit Bildung den Nährboden für ein nachhaltiges Gründerklima schaffen:** Das Thema „Selbstständigkeit“ gehört durchgehend in die Lehrprogramme – von der Grundschule bis in die Universität. Praxis- und Projektarbeit kann selbstständige, zielorientierte Handlungskompetenz fördern. Eine hohe Qualifikation verbessert Gründungschancen und sichert Fachkräftenachwuchs. Hochschulen sollten mit Partnern Forschungsausgründungen systematisch begleiten.
- **Wirtschaftspolitik an einer Kultur der Selbstständigkeit ausrichten:** Die Bundesregierung muss bei Arbeit, Steuern und Sozialversicherungen wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen. Niedrige Steuern und Abgaben würden die Selbstfinanzierungskräfte der Gründer stärken. Hemmende Elemente der Unternehmensteuerreform sind zu beseitigen – wie die stärkere Besteuerung von Mieten, Zinsen, Pachten, Leasing-Raten sowie die Begrenzung des Verlustvortrages, die insbesondere Beteiligungsfinanzierungen erschwert. Länder und Kommunen müssen ihre Infrastruktur gründungsfreundlich gestalten, z.B. Bürokratie für Gründer abbauen. Eine bessere Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf würde insbesondere mehr Frauen die Selbstständigkeit ermöglichen. Sämtliche gesellschaftlichen Akteure – auch die Unternehmer selbst – müssen stärker zur Selbstständigkeit ermuntern.
- **Mehr Gewerbefreiheit wagen:** Der Staat sollte stärker auf Chancen von Gründungen vertrauen und Start-ups mehr Freiräume lassen. Regulierungen dürfen Märkte nicht abschotten. Aktuelle Chancen zur Verfahrensvereinfachung – insbesondere durch Einführung „Einheitlicher Ansprechpartner“ – sind konsequent zu nutzen. Jedes Gesetzesvorhaben ist unter dem Aspekt der Gewerbefreiheit auf Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit zu prüfen. Auf Basis der vom DIHK-Vorstand verabschiedeten Gewerbeordnung 21, die u.a. eine weitgehende Übertragung der Melde- und Genehmigungsverfahren in unternehmerische Selbstverwaltung ermöglicht, muss das Gewerberecht reformiert werden.
- **Gründungen vereinfachen und beschleunigen:** Genehmigungsverfahren sind zu straffen und in geeigneten Fällen durch schnellere Anzeigeverfahren zu ersetzen – ggf. auch online. Die IHKs, seit Jahren erste Ansprechpartner für Gründer, sollten Gewerbeanzeigen rechtsgültig bearbeiten dürfen. Mit einem Servicepaket aus Orientierungsberatung und Hilfe bei Formalia – von der Erstauskunft, über Coaching-Vermittlung, Businessplan-Check bis zur Gewerbebeanmeldung – wollen die IHKs den Start erleichtern.

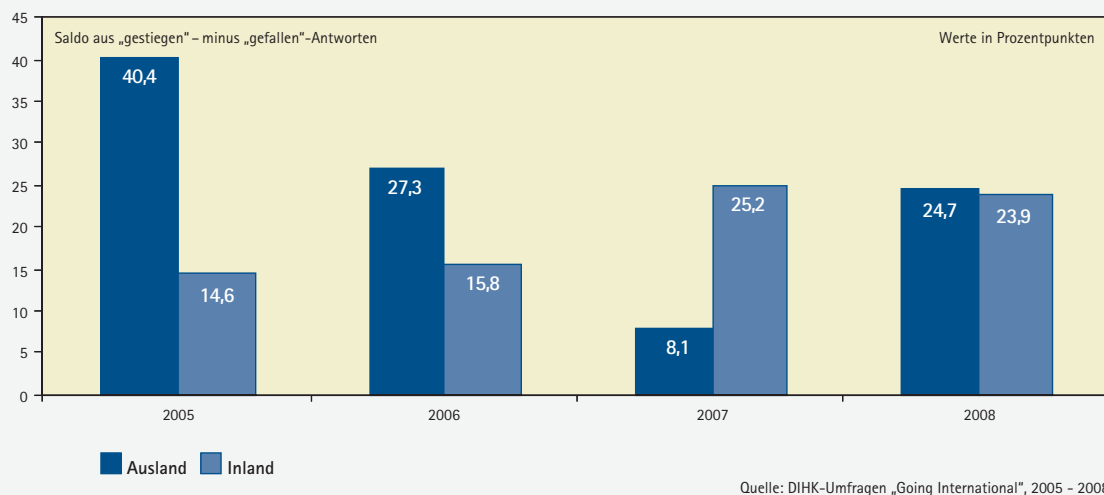
Ansprechpartner im DIHK:

Dr. Marc Evers | Tel.: 030 20308-1508 | [evers.marc@dihk.de](mailto:evers.marc@dihk.de)

Dr. Mona Moraht | Tel.: 030 20308-2709 | [moraht.mona@dihk.de](mailto:moraht.mona@dihk.de)

## Wie es ist

### Entwicklung des Personalbestandes auslandsaktiver Unternehmen



- **Deutsche Wirtschaft maßgeblich von Außenwirtschaft geprägt:** Rund jeder vierte Beschäftigte ist vom Export abhängig. Exportunternehmen haben in den zurückliegenden Jahren hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen. In der Erschließung von Auslandsmärkten liegt insbesondere für Dienstleistungsunternehmen noch viel Potenzial. Sie machen hierzulande 70 Prozent der Wertschöpfung aus, aber bislang stammt nur 14 Prozent des Exportumsatzes aus dem Sektorservice. Leider sind nach wie vor die verschiedenen Aktivitäten im Rahmen der deutschen Außenwirtschaftsförderung noch nicht unter dem Dach der AHKs gebündelt.
- **Offene Märkte können nur multilateral geschaffen werden:** Nachdem bislang kein Durchbruch bei den WTO-Verhandlungen zu erzielen war, muss die Handelsrunde 2009 erfolgreich abgeschlossen werden. Sonst würden weltweit Wohlstandsgewinne von mind. 300 Mrd. US-\$ verschenkt. Bilaterale Freihandelsabkommen sind nur die zweitbeste Lösung. Weltweit nötige staatliche Eingriffe zur Kontrolle des Finanzsektors und zur Stützung der Konjunktur dürfen nicht dazu führen, dass protektionistische Bestrebungen an Gewicht gewinnen.
- **Chancen in Wachstumsregionen unzureichend genutzt:** Märkte in Ost- und Südosteuropa sowie in Übersee bieten weiterhin große Chancen für die deutsche Wirtschaft. Deutschland wiederum bietet große Potenziale für ausländische Investoren. Darüber hinaus kommt in Krisenzeiten den europäischen Nachbarmärkten besondere Bedeutung zu. Die Akteure der Außenwirtschaftsförderung haben sich bislang zu diesen dreifachen Herausforderungen zu wenig abgestimmt.
- **Deutsche und europäische Förderstrukturen sind unabgestimmt:** Die Aktivitäten der EU, über eigene Institutionen in Drittländern KMU-Förderung zu betreiben, nehmen zu. Zu oft drängt sich der Eindruck auf, dass es darum ginge, gänzlich neue Strukturen neben existierenden bilateralen und auch europäischen Kammern, Verbänden und ähnlichen Institutionen zu schaffen. Dabei gibt es gerade hier vielfaches Know-how, lebendige Netzwerke und tradierte Kontakte.

## Was zu tun ist

Die Außenwirtschaftspolitik auf Bundes-, Länder- und EU-Ebene hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass vor allem kleine und mittlere Unternehmen die Globalisierungschancen noch besser nutzen können.

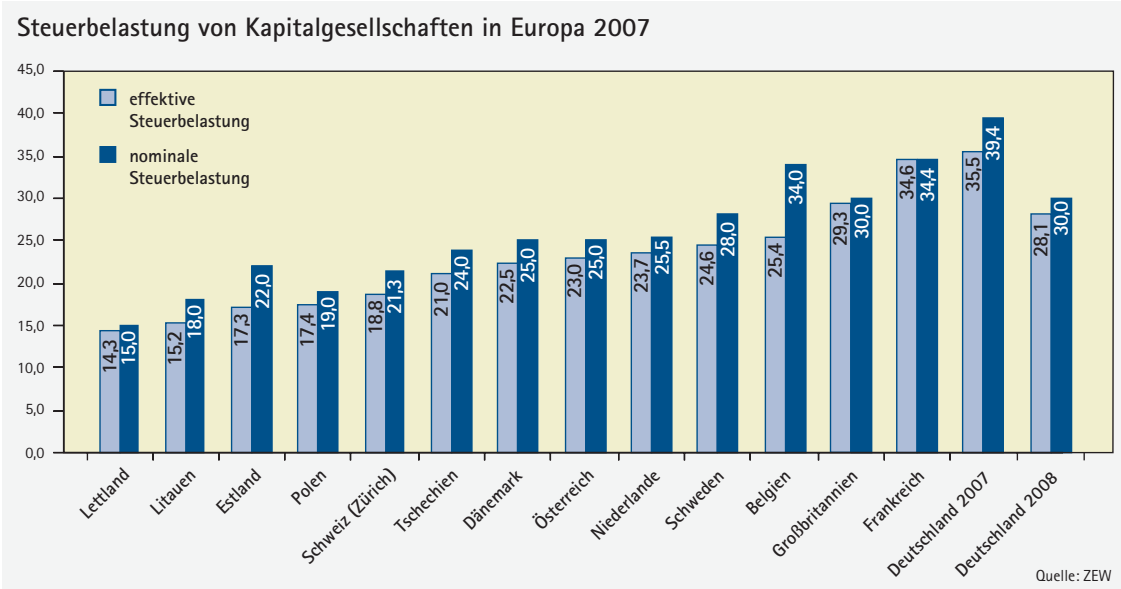
### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Öffnung der Märkte vorantreiben:** Gerade in Krisenzeiten gilt es, über die EU die multilateralen Handelsbeziehungen weiterzuentwickeln und die laufenden WTO-Verhandlungen erfolgreich abzuschließen. Bilaterale oder regionale Freihandelsabkommen sollten aus Transparenz- und Kostengründen nur dann abgeschlossen werden, wenn es wirtschaftlich notwendig ist und wenn sie über die WTO-Regelung hinaus („WTO plus“) Mehrwert versprechen; wirtschaftliche Notwendigkeiten sollten dabei von politischen Erwägungen nicht an die Wand gespielt werden.
- **Politische Flankierung zielgerichtet ausbauen:** Das Potenzial der Wachstumsmärkte muss auf hochrangiger politischer Ebene stärker wahrgenommen werden. Persönliche Kontakte zu Entscheidungsträgern vor Ort sind hierfür stärker zu nutzen. Die Attraktivität Deutschlands für ausländische Investoren hängt stark von der Unterstützung durch die Politik ab. Kontraproduktiv sind deswegen alle Überlegungen, generelle Schutzmechanismen gegenüber ausländischen Investoren zu errichten. Die Politik ist zudem gefordert, Hemmnisse für den bilateralen Handel abzubauen, z.B. bei ausländischen Geschäftsreisevisa und im Warenverkehr.
- **Deutsche und europäische Förderstrukturen aufeinander abstimmen:** Zur Verbesserung des Marktzugangs von europäischen KMUs auf Drittmärkten und zur Flankierung des politischen Auftritts der EU müssen wir die Kooperation unter den im Ausland tätigen bilateralen Handelskammern aus den EU-Ländern vertiefen. Ziel ist es, aus den bestehenden Strukturen heraus ein gemeinsames europäisches Dach zu schaffen, unter dem Unternehmen aus allen EU-Staaten im Ausland unterstützt werden können. Die von der Kommission einseitig forcierten EU Business Center können nur vorgeschaltete Erstanlauf- und Koordinierungsstellen unter Federführung der vor Ort tätigen Kammern sein. Es darf durch zusätzliche EU-Strukturen zu keiner Doppelarbeit der Fördereinrichtungen kommen.
- **Schlagkräftiges Außenwirtschaftsfördernetzwerk im Ausland schaffen:** Für das Ausland ist eine gemeinsam abgestimmte Strategie zu entwickeln, die unter dem Dach der AHKs alle außenwirtschaftsbezogenen Förderaktivitäten für Unternehmen vor Ort in den Regionen bündelt. Dies gilt für die bisherigen Aktivitäten der AHKs und die Berichterstattung aus den Märkten ebenso wie für die Werbung von Investoren, die Bewerbung der Bundesländer als Standorte sowie z.B. auch für die neuen Aktivitäten in Sachen Außenwissenschaftspolitik. Der Bund muss die Co-Finanzierung der notwendigen Infrastruktur langfristig sichern; zwischen Bund und Bundesländern bedarf es einer reibungslosen Arbeitsteilung.

Ansprechpartner im DIHK:

Alexander Lau | Tel.: 030 20308-2310 | lau.alexander@dihk.de

### Wie es ist



- **Deutschland hat noch immer hohe Steuern:** Trotz der Unternehmensteuerreform 2008 liegt die effektive Steuerbelastung der Unternehmensgewinne in Deutschland im oberen Mittelfeld Europas. Zwar entlastet die Senkung der Körperschaftsteuer Kapitalgesellschaften und macht den Standort für internationale Konzerne attraktiver. Mittelständische Personengesellschaften mit ihrem hohen Innovations- und Arbeitsplatzpotenzial werden aber nur unzureichend gestärkt.
- **Fehler der Unternehmensteuerreform wirken fort:** Bei der Neubestimmung der Bemessungsgrundlage wurden Weichen falsch gestellt: Zinsschranke, Regelungen zur Funktionsverlagerung, Beschränkungen der Verlustrechnung sowie gewerbesteuerliche Hinzurechnungen gehen in schwierigen Zeiten an die betriebliche Substanz und erschweren den Kreditzugang.
- **Die Komplexität des Steuerrechts nimmt weiter zu:** Unser Steuerrecht ist eine unsystematische Ansammlung von Einzelbestimmungen und folgt keinem schlüssigen Gesamtkonzept. Intransparenz, Widersprüchlichkeit und Verkomplizierung führen zu Vertrauensverlusten bei Bürgern und Unternehmen und schaden dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Befolgung der steuerlichen Vorschriften ist nur unter Einsatz hoher Beratungs- und Bürokratiekosten möglich.
- **Chance bei der Erbschaftsteuerreform nicht genutzt:** Das neue Erbschaftsteuergesetz ist zu kompliziert und wirft verfassungsrechtliche Bedenken auf. Hohe Belastungen sollen durch komplexe Verschonungsregeln vermieden werden, deren Voraussetzungen jedoch in Krisenzeiten Unternehmen ins Aus führen. Die Chance für eine einfache, gerechte sowie planungssichere Reform wurde vertan.
- **Umsatzsteuererhöhung war falsch:** Sie belastet die Unternehmen nachhaltig und schmälert die Kaufkraft um über 20 Mrd. Euro pro Jahr. Dies gilt erst recht, da z.B. die Sozialbeiträge nicht in gleichem Maße reduziert wurden.

## Was zu tun ist

Erforderlich ist eine grundlegende Umgestaltung des Steuerrechts, damit es den gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen gerecht wird.

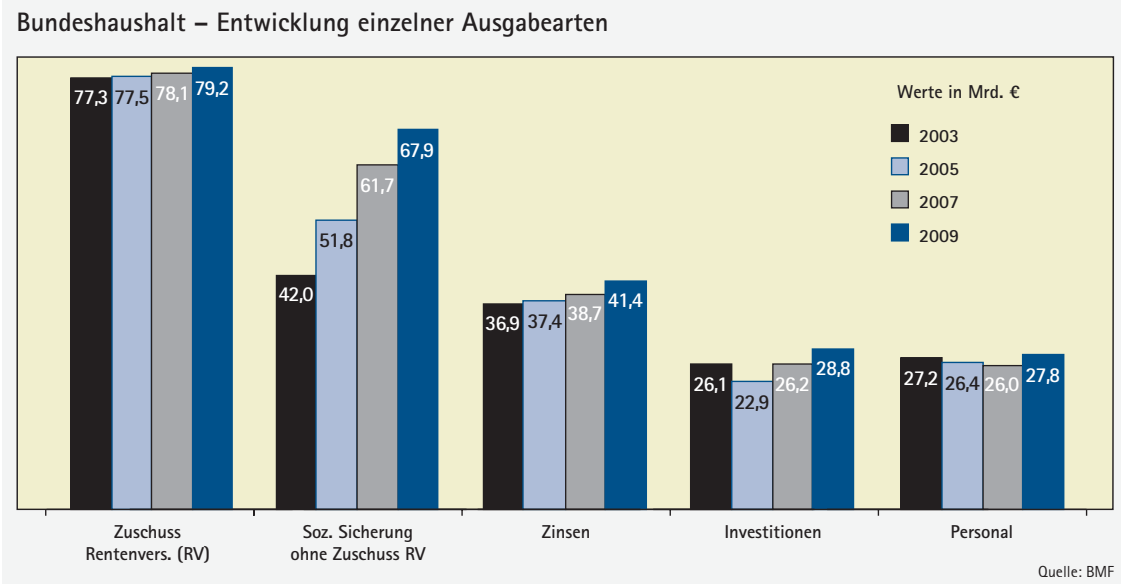
### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Einfach, transparent und wettbewerbsfähig:** Deutschland braucht ein verständliches und international wettbewerbsfähiges Steuersystem mit konsistenten Vorschriften anstelle von vielen komplizierten Einzelfallregelungen. Wichtig ist die Bereinigung des Steuerrechts von Lenkungsnormen. Leitbild hierfür ist eine Flat-Tax mit breiter Bemessungsgrundlage, niedrigen Tarifen von max. 25 Prozent sowie pauschalierenden und typisierenden Abzugsbeträgen.
- **Fehler der Unternehmensteuerreform beseitigen:** Zum Einstieg müssen die „Webfehler“ der Unternehmensteuerreform (u.a. Hinzurechnungen) beseitigt und eine rechtsformneutrale Besteuerung von Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen herbeigeführt werden. Durch eine Gleichbehandlung insbesondere bei der Altersvorsorge des Unternehmers und bei der Reinvestition von Gewinnen kann wirkungsvoll die Eigenfinanzierungskraft der Unternehmen gestärkt werden.
- **Gemeindegewinnsteuer statt Gewerbesteuer:** Die zur Stabilisierung der Gewerbesteuereinnahmen eingeführten Hinzurechnungen verschärfen die Krise in den Betrieben. Besser wäre eine kommunale Gewinnsteuer mit Hebesatzrecht und eine höhere Beteiligung an einer stabilen Steuer, z.B. Lohn- oder Umsatzsteuer. Eine solche Kombination würde Betrieben und Kommunen gerecht.
- **Einkommensteuer – kalte Progression beseitigen:** Der Staat darf seine Bürger nicht über Gebühr belasten. Normalverdiener, ob Unternehmer oder Arbeitnehmer, liegen schon heute in der Nähe des Spitzensteuersatzes. Der Staat muss daher die Einnahmen aus der „kalten Progression“ durch Steuersatzsenkungen zurückgeben. Zudem ist es dringend erforderlich, die steile Progression im unteren und mittleren Einkommensbereich („Mittelstandsbauch“) zu beseitigen. Die Maßnahmen des Konjunkturpakets II sind hier nur ein Anfang.
- **Eine für Familienunternehmen sachgerechte Erbschaftsteuer schaffen:** Die Erbschaftsteuer muss die Standorttreue von Familienbetrieben belohnen anstatt die Unternehmensnachfolge zu belasten. Niedrige Tarife und eine breite Bemessungsgrundlage sind besser als selektive Verschonungen. Königsweg ist der Verzicht auf die Erbschaftsteuer.
- **Unbürokratische Umsatzsteuer:** Eine Rückbesinnung auf das Ursprungslandprinzip, weniger Ausnahmen und stattdessen perspektivisch eine Rückführung des Regelsteuersatzes im Rahmen fiskalischer Möglichkeiten sind erforderlich.

Ansprechpartner im DIHK:

Guido Vogt | Tel.: 030 20308-2610 | vogt.guido@dihk.de

### Wie es ist



- Schuldendienst ist dauerhafte Last:** Die öffentlichen Haushalte sind stark von den Lasten der Vergangenheit geprägt. Zusammen mit den neuen, krisenbedingten Belastungen kommt der Staat an den Rand seiner Leistungsfähigkeit. Allein der Bund gibt im Jahr 2009 rund 41,4 Mrd. Euro oder knapp 14 Prozent seines Haushalts für Zinsen aus. Hinzu kommen weiter wachsende Verpflichtungen durch Pensionzahlungen und die umlagefinanzierte Rentenversicherung. Zusammen mit den Zinszahlungen summieren sie sich auf fast die Hälfte der gesamten staatlichen Ausgaben. Die Konjunkturpakete, Bürgschaften und Liquiditätsprogramme führen zu weiterer Neuverschuldung und zu noch höheren Zinslasten in der Zukunft.
- Investitionen für Zukunftsaufgaben so wichtig wie nie:** Selbst bei einem weit gefassten Investitionsbegriff, der Ausgaben für Bildung und Forschung einschließt, war der Anteil der Mittel für Zukunftsaufgaben bisher zu gering. Er wird jetzt durch massive öffentliche Investitionen erhöht, dies ist längst überfällig. Die Themen der Zukunft wie Investitionen in Infrastruktur und Bildung müssen sich aber dauerhaft und nicht nur zur Krisenbewältigung in den öffentlichen Haushalten niederschlagen.
- Die Chance für eine echte Konsolidierung der Haushalte wurde verpasst:** Die Finanzkrise hat dafür gesorgt, dass der Bund sein Ziel, im Jahr 2011 keine neuen Schulden mehr zu machen, aufgegeben hat. Dabei waren die Steuereinnahmen in den Jahren 2006 und 2007 mit acht und zehn Prozent außerordentlich stark gestiegen. Auch im Jahr 2008 lagen sie mit rund vier Prozent Anstieg trotz der beginnenden Konjunkturkrise noch deutlich höher als im Vorjahr. In all den Jahren wurden jedoch neue Schulden gemacht. Ein Schuldenabbau hat nicht stattgefunden, als es noch möglich war.

## Was zu tun ist

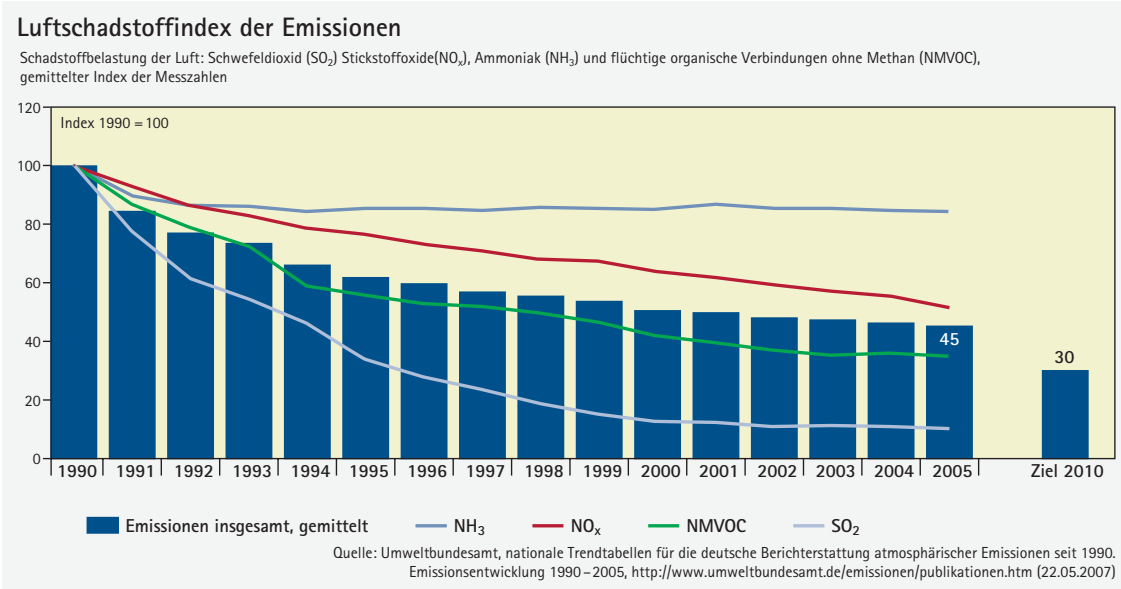
Der Staat muss Spielräume für private Initiative und Investitionen schaffen, gerade in der Krise.

### Folgende Leitlinien müssen das finanzpolitische Handeln bestimmen:

- **Konsolidierung wieder aufnehmen, Impulse für die Zukunft setzen:** Der Staat muss jetzt die Konjunktur stützen. Anschließend muss aber durch Ausgabenbegrenzung die Neuverschuldung möglichst rasch bis auf Null zurückgeführt werden – die Föderalismuskommission II hat hier späte, aber richtige Zielmarken für ausgeglichene Haushalte gesetzt. Längst überfällig ist dabei die transparente Darstellung der impliziten Staatsverschuldung, also zukünftiger Zahlungsverpflichtungen aufgrund von Renten, Pensionen und anderen Versorgungszusagen, die zweieinhalb Mal so hoch ist wie die offene Verschuldung. Letztlich ist die Staatsquote auf unter 40 Prozent zu senken. Zukunftsorientierte öffentliche Investitionen und Bildungsausgaben müssen dabei Vorrang haben vor konsumtiven Ausgaben.
- **Der Staat darf sich nicht überschätzen:** Staatliche Rettungsschirme und Konjunkturprogramme sind Notlösungen. Der Staat kann die Wirtschaft weder im Großen noch im Kleinen lenken – die Anmaßung von Wissen ist insbesondere in Krisenzeiten eine Gefahr. Nach der Krise muss sich der Staat wieder auf die Förderung privater Initiative durch klare Rechtsregeln, niedrige Steuern und wenig Bürokratie zurückziehen. Subventionen sind allenfalls in Einzelfällen, befristet und degressiv zu vergeben. Sie müssen fortlaufend auf ihre Zielgenauigkeit sowie Notwendigkeit hin überprüft werden.
- **Privatisierungspotenzial ausschöpfen:** Die Privatisierung von staatlichen Beteiligungen muss auf der Agenda bleiben. Das schafft finanziellen Spielraum zur Schuldentilgung. Außerdem sind die Gemeinden zur Privatisierung verpflichtet, wenn Private die Leistungen gleich gut und günstiger anbieten können. Der Staat muss seine Tätigkeiten dauerhaft auf hoheitliche Aufgaben fokussieren.
- **Verantwortung der Bundesländer für ihre Finanzen erhöhen:** Die Ausgestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ist ein Wachstumshemmnis für die Geber- und die Nehmerländer. Es fehlt nach wie vor eine Reform, mit der die Eigenverantwortung der Länder für ihre Finanzen und für eine standortfreundliche Finanz- und Wirtschaftspolitik gestärkt wird. Die Transparenz im Finanzausgleich muss zunehmen und Steuern müssen zeitnäher zerlegt werden.
- **Finanzierung muss Aufgaben folgen:** Gesetze, die Aufgaben übertragen, müssen eine Einigung über die Finanzierung beinhalten, um die Finanzierungsverantwortung zu stärken. Vorbild kann das in Österreich bestehende Konsultationsgremium sein, in dem Folgekosten von Gesetzen kalkuliert und geplant werden.

Ansprechpartnerin im DIHK:  
Dr. Ulrike Beland | Tel.: 030 20308-2605 | beland.ulrike@dihk.de

### Wie es ist



- **Wirtschaft leistet viel für den Umweltschutz:** Größeres Umweltbewusstsein, anspruchsvolle Umweltstandards, steigende Kosten für Ressourcen und insbesondere die Innovationsfähigkeit deutscher Unternehmen machen es möglich: Trotz wachsender Produktion sinken die Belastungen von Umwelt und Natur.
- **„Ökologische Industriepolitik“ ist Chance, aber auch Risiko:** Angesichts der führenden Rolle deutscher Umwelttechnologie verkauft die Politik strenge Anforderungen an die Produktion als Instrument der Wirtschaftsförderung. Gleichzeitig werden aber Unternehmen im internationalen Wettbewerb gefährdet, weil außerhalb Deutschlands und Europas keine vergleichbaren Anforderungen gelten.
- **Unternehmen leiden unter Flut von Umweltvorschriften:** Die mehreren tausend Umweltvorschriften der EU, des Bundes, der Länder und der Kommunen sind untereinander vielfach nicht abgestimmt. Politische Kompromisse schlagen sich in schwammigen, zum Teil widersprüchlichen Forderungen nieder. Die Folgekosten neuer Regelungen werden häufig zu gering eingeschätzt, so auch wieder bei der Luftqualitätsrichtlinie von 2008.
- **Raumbezogene Restriktionen gefährden Standorte:** Viele Regelungen zu Luftqualität, Umgebungslärm oder Naturschutz beschränken die Ansiedlung, Produktion und Erweiterung von Industrie, Gewerbe und den Verkehr gerade in Städten. Dabei bestehen Städte nicht nur als Wohnorte, sondern auch als Handels-, Dienstleistungs- und nicht zuletzt als Produktionsstandorte. Verkehrsbeschränkungen, Flächenengpässe oder Nutzungskonflikte halten Industrie, Gewerbe und Verkehr zunehmend aus den Städten fern und gefährden damit deren ökonomische Basis, aber nur sie sichert Vielfalt, Vitalität und Wohlstand.

## Was zu tun ist

Der Ausgleich von Wirtschafts- und Umweltinteressen wird erreicht, wenn die Politik wieder stärker auf die Handlungs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft setzt und hilft, die wirtschaftlichen Chancen z.B. moderner Umwelttechnologie zu erschließen.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Umweltpolitischen Aktionismus vermeiden:** Die deutsche Wirtschaft akzeptiert das Vorsorgeprinzip als umweltpolitische Leitlinie. Wirtschaftliches Handeln darf jedoch nur eingeschränkt werden, wenn Risiken für Mensch und Umwelt erkennbar und die angestrebten Maßnahmen verhältnismäßig sind. Bei den Fahrverboten zur Senkung der Feinstaubbelastung ist dies nicht der Fall.
- **Umweltpolitik intelligent gestalten:** Ökologische Industriepolitik – wie vom Bundesumweltministerium konzipiert – darf kein Einfallstor für eine dirigistische, interventionistische und bürokratische Politik gegen die Wirtschaft sein. Gefordert sind mehr Motivation für eigenverantwortliches Handeln statt staatliche Bevormundung. Im Vorfeld jeder Gesetzesinitiative ist zu prüfen, ob ein Ziel anders als durch Regulierung, etwa durch freiwillige oder vertragliche Vereinbarungen, erreichbar ist. Dieses Potenzial sollte die Politik stärker nutzen.
- **Umweltrecht verbessern und harmonisieren:** Die Wirtschaft fordert einheitliche Umweltvorschriften in der EU und im Bund. Erstrebenswert ist ein europäisches Umweltgesetzbuch, das die vorhandenen EU-Regelungen besser harmonisiert. Auch das nationale Umweltrecht muss modernisiert und dereguliert werden. Möglichkeiten zur Beschleunigung der Zulassungsverfahren, z.B. für die Erweiterung von Produktionsstätten, sind zu nutzen. Vorschriften, die Fehlsteuerungen erzeugen, müssen überarbeitet, widersprüchliche Regelungen vermieden werden.
- **An Zukunftsmärkten teilhaben:** Die deutschen Unternehmen sind mit ihren umwelttechnischen Lösungen führend im globalen Wettbewerb. Die Bundesregierung sollte mit starker „Umweltaußenpolitik“ andere Staaten zu größeren Anstrengungen motivieren und so helfen, das Potenzial für Umwelttechnologie zu erschließen. Die IHKs und AHKs sind bereit, bei der Umsetzung mitzuwirken.
- **Wirtschaftliche Entwicklung an den Standorten ermöglichen:** Die Wirtschaft erwartet, dass die Politik für einen funktionsfähigen Wirtschaftsstandort „Stadt“ sorgt und bei erwiesener Fehlsteuerung etwa durch die EU-Naturschutzrichtlinien zeitnah eine Novelle startet. Wo Regelungen Spielräume eröffnen, wie bei der Luftqualitätsrichtlinie, müssen diese für angemessene Lösungen genutzt werden. Eine City-Maut würde die Kostenbelastung für die Wirtschaft unverhältnismäßig erhöhen – ohne erkennbar deutliche Positiveffekte für die Umwelt. Auch z.B. die sehr unterschiedlichen Regelungen zu Umweltzonen und die Einschränkung von Lieferzeiten oder Fahrverboten behindern die wirtschaftliche Aktivität in Städten.

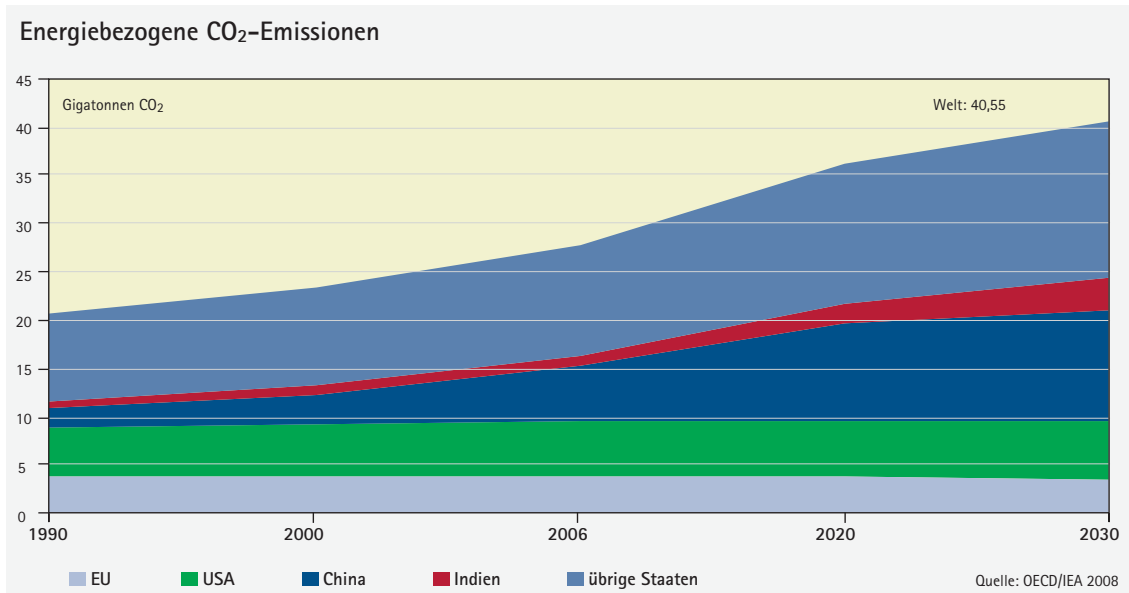
Ansprechpartner im DIHK:

Dr. Hermann Hüwels | Tel.: +32 2 286-1664 | [huwels.hermann@dihk.de](mailto:huwels.hermann@dihk.de)

# KLIMASCHUTZ

Weltweites Abkommen beschließen, Unternehmen entlasten

## Wie es ist



- **Einsparleistungen Deutschlands bislang global weitgehend wirkungslos:** Weltweit sind die Treibhausgasemissionen seit 1990 etwa um ein Viertel gestiegen. Die Einsparleistung Deutschlands im gesamten Zeitraum von etwa 20 Prozent wurde in weniger als einem halben Jahr durch globale Emissionssteigerungen überkompensiert.
- **Klimapolitische Vorreiterrolle Deutschlands wird fortgesetzt:** Die Einsparerfolge Deutschlands bei den Treibhausgasemissionen wurden insbesondere durch den vollständigen Umbau der energieintensiven DDR-Wirtschaft erreicht. Die Bundesregierung möchte bis zum Jahr 2020 die Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 verringern; das EU-Einsparziel liegt dagegen bei 30 Prozent und auch nur unter der Bedingung, dass andere Industriestaaten zu vergleichbaren Zusagen bereit sind. Das ambitionierte 40 Prozent-Minderungsziel führt bei fortgesetztem Ausstieg aus der CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie zu massiven Zusatzkosten.
- **Nicht sachgerechte EU-Lastenverteilung verzerrt Wettbewerb:** Die EU-Vorschläge zur zukünftigen Aufteilung der Klimaschutzziele auf die einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigen kaum länderbezogene Vorleistungen und Potenziale der Emissionsvermeidung. Investitionen in den Klimaschutz außerhalb der EU sind zu wenig und nur mit erheblichem Bürokratieaufwand auf die nationalen Ziele anrechenbar.
- **Novelle der EU-Emissionshandelsrichtlinie belastet deutsche Unternehmen:** Vor allem die vom Europäischen Rat und Europäischen Parlament Ende 2008 beschlossene Vollversteigerung der Zertifikate für Stromversorger führt zu Strompreiserhöhungen um bis zu 50 Prozent; rund 90 Mrd. Euro in der 3. Handelsperiode (2013 – 2020). Auch ist das künftige Verfahren – Monitoring, Berichterstattung und Vergabe der Zertifikate – sehr aufwendig und bürokratisch.

## Was zu tun ist

Die Eindämmung von Treibhausgas-Emissionen ist eine globale Herausforderung. EU und Bundesregierung müssen sich für eine weltweite Einigung und Zusammenarbeit einsetzen. Selbst wenn dies gelingt, rechnet die Wissenschaft dennoch mit einem spürbaren Klimawandel. Schwerpunkte einer Anpassungsstrategie Deutschlands müssen daher gemeinsam mit der Wirtschaft rasch festgelegt werden.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Einbeziehung aller großen Emittenten in ein weltweites Klimaabkommen:** Ergebnis der Weltklimakonferenz Ende 2009 in Kopenhagen muss sein, dass die größten Emittenten wie China, Indien und die USA in ein globales Klimaschutzabkommen einbezogen werden – alle teilnehmenden Staaten müssen ihre Treibhausgasemissionen begrenzen. Andernfalls würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aufgrund der einseitig hohen Kostenbelastungen gefährdet. Bei einer globalen Strategie der Emissionsbegrenzung sind Maßnahmen zu Gunsten einer nachhaltigen Bodennutzung ebenso wichtig wie Maßnahmen in den Bereichen Industrie und Verkehr. Deutschland sollte die Minderung der Treibhausgase ebenso wie die EU mit vergleichbaren Zusagen anderer Industriestaaten verknüpfen (Zwei-Stufen-Modell).
- **Emissionshandel EU-weit wirtschaftsverträglich umsetzen und global ausrichten:** Die Umsetzung der Kriterien, mit denen energieintensive Industrien eine kostenlose Zuteilung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate erhalten, müssen rasch, unkompliziert und wirtschaftsverträglich bestimmt und umgesetzt werden. Die beschlossene Befreiung von Kleinemittenten unter 25.000 Jahrestonnen CO<sub>2</sub> vom Emissionshandel führt zu einer Entlastung von kleinen und mittleren Unternehmen und darf nicht durch alternative Belastungen konterkariert werden.
- **Internationale Klimaschutzprojekte vereinfachen:** Investitionen in Klimaschutzprojekte außerhalb Europas müssen in voller Höhe in europäische Emissionszertifikate umgerechnet werden können. Über den Export von Technologien können neue Märkte aufgebaut und Win-win-Situationen – mehr Arbeitsplätze plus Klimaschutz – geschaffen werden. Die AHKs unterstützen bereits mit den Exportinitiativen „Erneuerbare Energien“ und „Energieeffizienz“ diesen Technologietransfer. Im Rahmen dieser Exportinitiativen sollte zukünftig auch der Know-how-Aufbau zur Nutzung energieeffizienter Technologien im Ausland gefördert werden.
- **Klimapolitischen Instrumentenmix in Deutschland und der EU optimieren:** Der Fokus sollte stärker auf solche Instrumente gelegt werden, die zu geringen Mehrkosten oder sogar zu Kostensenkungen in Unternehmen führen. Mit Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz kann häufig Emissionsreduktion mit verbesserter Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbunden werden.

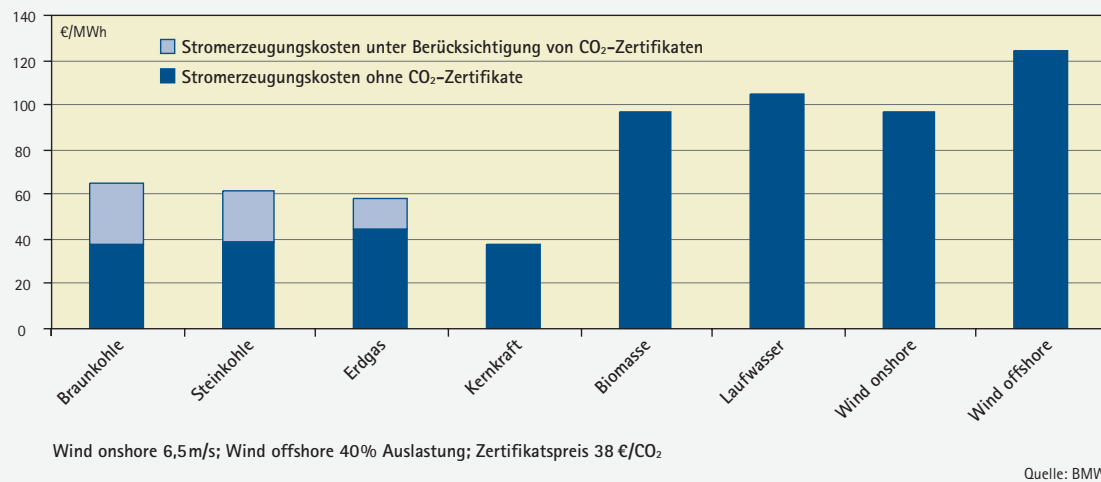
Ansprechpartner im DIHK:

Dr. Dieter Kreikenbaum | Tel.: 030 20308-2202 | kreikenbaum.dieter@dihk.de

Dr. Armin Rockholz | Tel.: 030 20308-2212 | rockholz.armin@dihk.de

### Wie es ist

Stromerzeugungskosten für neue Kraftwerke ab dem Jahr 2010 unter Berücksichtigung von CO<sub>2</sub>-Zertifikatskosten



- Im Energiebereich ersetzt immer mehr staatliche Lenkung den Markt:** Bei mehr als 50 Prozent der Stromproduktion im nächsten Jahrzehnt ersetzen staatlich festgelegte Preise den Marktpreis bzw. verzerren ihn massiv – dies legen Erneuerbare-Energien-Gesetz und Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz fest. Hinzu kommen erhebliche Belastungen des Strompreises durch CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate. Die kostengünstigste Möglichkeit der Stromerzeugung durch Kernenergie soll dagegen bis Ende des Jahrzehnts weitgehend auslaufen.
- Der Bau von Kraftwerken und Energienetzen wird vor Ort blockiert:** Deutschland steuert damit im nächsten Jahrzehnt auf eine Lücke bei den Kraftwerkskapazitäten und Netzen zu. Selbst wenn die Energieeinsparziele der Bundesregierung erfüllt werden, steht nicht mehr genügend Kraftwerkskapazität zur Verfügung, um die Stromnachfrage von Unternehmen und Haushalten zu erfüllen.
- Bedeutung von Energieimporten nimmt weiter zu:** Die fortschreitende Erschöpfung der Öl- und Gasreserven in der EU führt zu einer immer stärkeren Importabhängigkeit. 85 Prozent der Weltölproduktion liegen in der Hand staatlich dominierter Unternehmen, etwa 70 Prozent der Weltöl- und -gasreserven in Regionen mit erhöhten politischen Risiken.
- Defizite bei Energieforschung gefährden Zukunftschancen:** Der finanzielle Einsatz der Wirtschaft sowie von Bund und Ländern entspricht nicht den immensen energiepolitischen Herausforderungen. Die Energieforschungsausgaben des Bundes sind mit etwa 500 Mio. Euro p.a. heute nicht einmal halb so hoch wie in den achtziger Jahren.

## Was zu tun ist

Ein künftiges Regierungsprogramm sollte Hemmnisse zur Nutzung von Energieeffizienzpotenzialen verringern, Rahmenbedingungen für einen breiten Energiemix und ausreichende Kraftwerks- und Leitungskapazitäten setzen sowie konkrete Anstöße zu einem EU-weit abgestimmten Dialog mit Energieproduzentenstaaten geben. Damit könnten Investitionen in Förder- und Transportkapazitäten ermöglicht und langfristig stärker diversifizierte Energiebezugsquellen erreicht werden.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

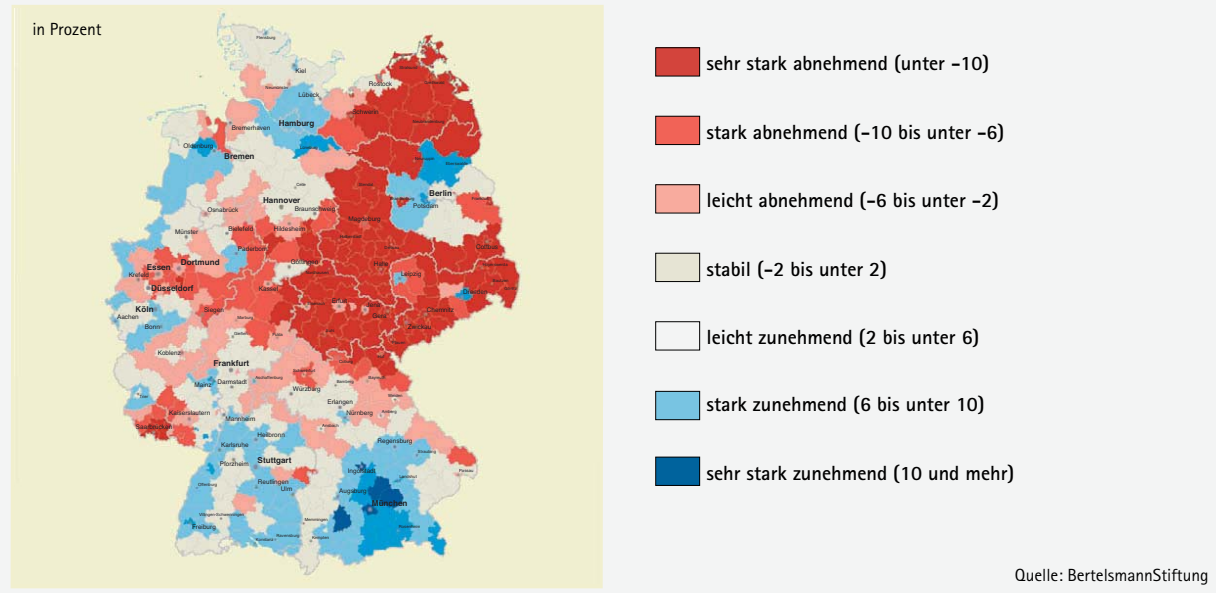
- **Märkte über Technologie- und Energieträgermix entscheiden lassen:** Die gleichrangige Erfüllung der energiepolitischen Ziele Versorgungssicherheit, Preisgünstigkeit und Umweltfreundlichkeit erfordert einen marktgesteuerten Energieträgermix. Die Laufzeitverkürzung für Kernkraftwerke muss zurückgenommen werden, und der Bau effizienter Kohlekraftwerke darf nicht verzögert werden – um eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen zu erreichen.
- **Energieeffizienz fördern:** Die Politik sollte Informationsbarrieren abbauen und Energiedienstleistungen fördern. Ein Zwang zur Einführung von Energiemanagementsystemen erzeugt massive Nachweis- und Kontrollkosten. Besser ist es, auf freiwilliges Engagement zu setzen, daher wird der DIHK mit der Bundesregierung eine Partnerschaft für Klimaschutz und Energieeffizienz eingehen.
- **Wettbewerb durch deutlichere Investitionsanreize stärken:** Unabhängig von der Eigentümerstruktur der Strom- und Gasnetze müssen Diskriminierungen beim Anschluss von Kraftwerken und der Netznutzung verhindert werden. Bei der Anfang 2009 gestarteten Anreizregulierung sollten Investitionen in Versorgungssicherheit und innovative Netztechnologien stärker berücksichtigt werden. Auch der grenzüberschreitende Netzausbau ist mit dem Ziel einer sicheren und wettbewerbsfähigen Energieversorgung für die deutsche Wirtschaft voranzutreiben.
- **Erneuerbare Energien stärker in Märkte integrieren:** Die Bundesregierung muss das Fördersystem für erneuerbare Energien stärker am Marktpreis und dem Beitrag zur Versorgungssicherheit orientieren. Um deutlich steigende Marktanteile erneuerbarer Energien ohne massiv steigende Zusatzkosten zu erreichen, muss sich die Bundesregierung für den Zusammenschluss von Fördersystemen in der EU einsetzen. Damit werden die Investitionsmittel schneller in die besten Standorte gelenkt und einseitige Kostenbelastungen deutscher Unternehmen vermieden.
- **Energieforschung intensivieren und technologieoffen gestalten:** Energieforschung sollte Vorrang vor Anwendungsförderung haben. Der Staat sollte durch Umschichtungen im Forschungshaushalt die Ausgaben für Energieforschung bis 2015 verdoppeln, um auch in Zukunft eine nachhaltige Energieversorgung für die Unternehmen zu gewährleisten.

Ansprechpartner im DIHK:

Dr. Dieter Kreikenbaum | Tel.: 030 20308-2202 | kreikenbaum.dieter@dihk.de

### Wie es ist

#### Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2025 für Landkreise und kreisfreie Städte



- **Demografie entleert Räume und verschärft den Fachkräftemangel:** Die Bevölkerung vieler strukturschwacher Regionen Deutschlands schrumpft und altert. Allein Ostdeutschland droht bis 2050 die Hälfte seines Erwerbspersonenpotenzials zu verlieren. Das regionale Arbeits- und Fachkräftepotenzial ist ein entscheidender Standortfaktor für Investitionsentscheidungen.
- **Erheblicher Investitionsbedarf bei der Infrastruktur:** Neben dem regionalen Arbeits- und Fachkräftepotenzial ist die infrastrukturelle Anbindung einer Region ein entscheidender Standortfaktor für Investitionsentscheidungen. Dies gilt sowohl für Verkehrs- als auch für Breitbandnetze. Es besteht erheblicher Bedarf in Bestandsnetze sowie in die bedarfsgerechte Erweiterung dieser Infrastrukturen zu investieren.
- **Strukturpolitik darf nicht Spielball einzelner Politikressorts sein:** Beim konkreten Einsatz sowohl der europäischen als auch der nationalen Strukturgelder auf Bundes- und Landesebene dürfen Wünsche einzelner Politikressorts nicht das Maß der Dinge sein. Vielmehr gilt es, jedes einzelne Strukturprogramm auf das strategische Ziel der Strukturpolitik hin auszurichten: regional selbsttragendes Wachstum zu initiieren.
- **EU-Strukturpolitik nicht konsequent auf Wachstum ausgerichtet:** Komplizierte Antragsverfahren und Evaluierungen sowie langwierige Verhandlungsprozesse bleiben bei der EU-Strukturpolitik auch in der Förderperiode 2007 – 2013 auf der Tagesordnung. Statt konsequent den ursprünglichen Auftrag umzusetzen, vor allem in den schwächsten Regionen selbsttragendes Wachstum zu erzeugen, verzettelt sich die EU-Strukturpolitik bei der Erfüllung zu vieler Querschnittsziele.

## Was zu tun ist

Regionalpolitik ist kein Reparaturbetrieb für verfehlte Wirtschaftspolitik. Finanzmittel alleine reichen nicht aus, um regionale Disparitäten abzubauen. Vielmehr brauchen Regionen mehr Freiräume und mehr Anreize für eine regionale Wachstumspolitik, um den Unternehmen vor Ort zu helfen.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Regionen durch gesamtwirtschaftliche Wachstumspolitik stärken:** Erforderlich sind Rahmenbedingungen, die eine größere Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf nationalen und internationalen Märkten erlauben.
- **Handlungsspielräume erweitern:** Die Politik sollte insbesondere strukturschwachen Regionen das zeitlich befristete Abweichen von starren bundesrechtlichen Vorgaben ermöglichen. Dabei sind Freiräume in zentralen Deregulierungsbereichen wie dem Arbeits- und Tarifrecht zu schaffen.
- **Förderpolitik wachstumsorientiert gestalten:** Fördermittel – soweit mit Subventionsgrundsätzen vereinbar – sind auf eine Stärkung regionaler Innovationskraft zu konzentrieren. Bildung muss Eckpfeiler regionaler Zukunftsstrategien zur Bewältigung der demografischen Herausforderung sein. Die Politik sollte die vielfach wirkungslosen Förderansätze, wie z.B. für den zweiten Arbeitsmarkt, zurückfahren. Beihilfen sind nicht dauerhaft zu gewähren und vermehrt auf Darlehen umzustellen – mit Spareffekten für die öffentlichen Haushalte.
- **Regionale Stärken fördern:** Ausgangspunkt für eine regionale Wachstumspolitik sollte eine Stärken-Schwächen-Analyse der Region sein. Der Einsatz von Fördermitteln muss vorwiegend an den bereits vorhandenen regionalen Stärken anknüpfen. Bei der Entwicklung von Clustern sollten die Anforderungen der Unternehmen und nicht politische Vorgaben ausschlaggebend sein.
- **Regionale Anbindung sicherstellen:** Die Anbindung von Regionen an Verkehrs- und Breitbandnetze ist eine notwendige Vorleistung für den Wettbewerb der Regionen. Die bessere Erreichbarkeit von Wachstumskernen lässt zudem strukturschwache Regionen von den Ausstrahlungseffekten verstärkt profitieren.
- **EU-Strukturpolitik auf Kernaufgabe konzentrieren:** Die EU-Strukturpolitik sollte sich gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf ihren ursprünglichen Auftrag, vor allem in den schwächsten Regionen ein selbsttragendes Wachstum zu erzeugen, konzentrieren. EU-Strukturpolitik darf nicht zu einer „europäischen Wirtschaftspolitik“ mutieren, die z.B. die Folgen der Globalisierung und des Klimawandels lösen will.
- **Finanzausgleich wachstumsfördernd umgestalten:** Der Finanzausgleich sollte mehr Anreize setzen, das Wachstum in den Ländern zu fördern und somit die steuerlichen Bemessungsgrundlagen zu pflegen. Insbesondere Bundesergänzungszuweisungen und Solidarpakt-II-Mittel sind für einen solidarischen Ausgleich zwischen den Bundesländern zu nutzen.

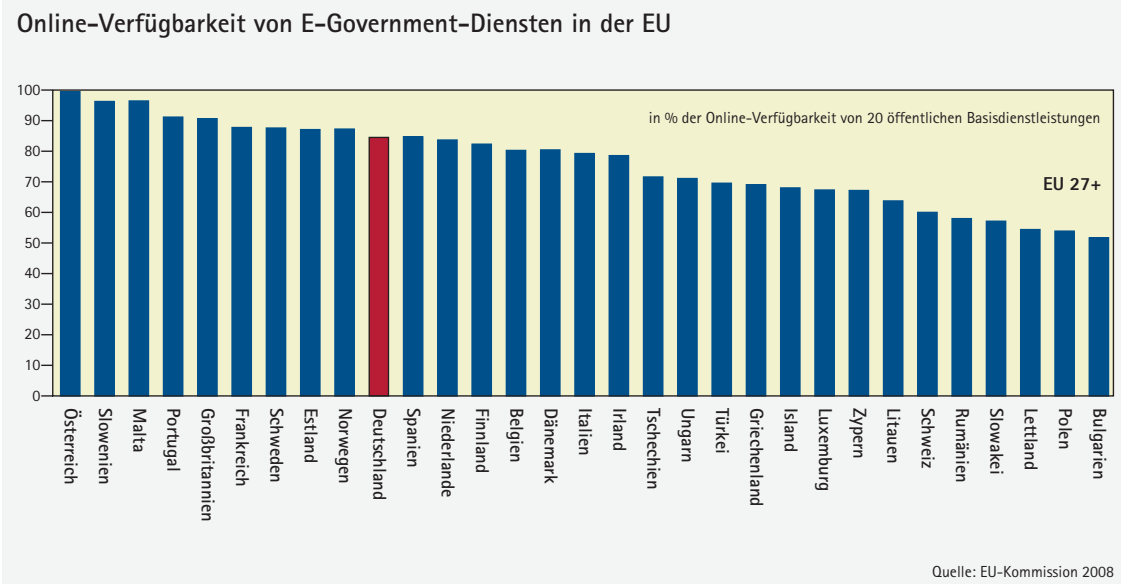
Ansprechpartner im DIHK:

Dr. Ralf Gerschkat | Tel.: +32 2 286-1628 | gerschkat.ralf@dihk.de

# BÜROKRATIEABBAU UND E-GOVERNMENT

## Einsparpotenziale nutzen, Handlungsspielräume vergrößern

### Wie es ist



- **Bürokratie kostet Wirtschaft und Staat jedes Jahr viel Geld:** Je kleiner das Unternehmen, desto höher die Bürokratiekosten je Beschäftigten. Etwa 4.300 Euro pro Jahr betragen die durchschnittlichen Bürokratiekosten für jeden Beschäftigten bei Unternehmen mit bis zu neun Mitarbeitern in Deutschland. Zusätzliche indirekte Belastungen bestehen, weil die öffentliche Hand die Möglichkeiten eines modernen IT-gestützten Verwaltungshandelns nicht systematisch ausschöpft und Vollzugsdefizite bestehen.
- **Entlastungspotenziale für Unternehmen und Verwaltung sind vorhanden:** Unternehmen haben durchschnittlich 130 Verwaltungskontakte im Jahr – eine verstärkte Nutzung von E-Government würde Kosten bei Unternehmen und in der Verwaltung sparen. Doch die unzureichende Kommunikation über bestehende Angebote hemmt die Verbreitung dieser Anwendungen.
- **Beim E-Government fehlt eine abgestimmte Strategie:** Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie macht deutlich, dass ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern bei einem derart umfassenden Projekt dringend erforderlich ist. Länderuneinheitliche Lösungen verursachen Kosten bei den Unternehmen, denn die Wirtschaft macht nicht an Bundeslandgrenzen Halt.

## Was zu tun ist

Die Bundesregierung hat beim Bürokratieabbau Schritte in die richtige Richtung gemacht. Der Weg muss konsequent weitergegangen werden. Unternehmen und Bürger müssen spürbar entlastet werden. Ansatzpunkte sind die Enthaltbarkeit des Gesetzgebers bei der Schaffung neuer Vorschriften, die Verringerung bestehender bürokratieträchtiger Rechtsnormen und die Behebung von Vollzugsdefiziten. Daraus ergeben sich Entlastungen für die Wirtschaft. Diese erleichtern die Gründung von Unternehmen und führen zu mehr unternehmerischen Handlungsspielräumen.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Bürokratielasten vollständig erfassen:** Bei sämtlichen Gesetzesvorhaben ist bereits in ihrer Konzeptionsphase der Bürokratieaufwand für Unternehmen, Bürger und Verwaltung zu beachten. Bürokratiekosten für die Verwaltung belasten indirekt über Steuern und Abgaben die Unternehmen und Bürger. Die Befugnisse des Normenkontrollrates sind um Bundestags- und Bundesratsinitiativen auszuweiten. Neben Informationspflichten müssen auch bürokratische Belastungen, die sich aus der Umsetzung politischer Ziele ergeben, abgebaut werden. Potenziale zum Einsatz von E-Government sind von vorneherein zu prüfen und müssen konsequent genutzt werden.
- **Konkrete Vorschläge der IHK-Organisation aufgreifen:** Steuer-, Arbeits- und Umweltrecht verursachen gerade bei mittelständischen Unternehmen enorme Bürokratiekosten. Hierzu und zu anderen Rechtsgebieten hat die IHK-Organisation konkrete Vorschläge vorgelegt – zur Senkung der Bürokratiekosten. Die Vorschläge umfassen sowohl den Abbau von Informationspflichten als auch eine Verschlankung des materiellen Rechts.
- **Kooperationen aller Beteiligten gefragt:** Ein Mehrwert beim E-Government kann nur entstehen, wenn die Nutzer früh eingebunden werden und die Services klar auf deren Bedürfnisse ausgerichtet werden. Zudem müssen die Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen stärker zusammenarbeiten und professionelle Kommunikationskonzepte für bestehende E-Government-Angebote erarbeiten. Hierbei nehmen die IHKs eine wichtige Mittlerrolle wahr.
- **Chance durch EU-Dienstleistungsrichtlinie nutzen:** Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie kann als Chance genutzt werden, wenn hierbei Verwaltungsstrukturen und -prozesse grundlegend auf mehr Bürokratieabbau und mehr E-Government ausgerichtet werden. Das Ziel der durchgängigen elektronischen Verfügbarkeit von Verwaltungskontakten und -prozessen muss auf allen föderalen Ebenen umgesetzt werden. Nur so lässt sich die Online-Verfügbarkeit von E-Government-Angeboten insgesamt erhöhen. Voraussetzung dafür sind einheitlich definierte IT-Schnittstellen.

Ansprechpartner im DIHK:

Dr. Tobias Thomas | Tel.: 030 20308-1503 | [thomas.tobias@dihk.de](mailto:thomas.tobias@dihk.de)

Annette Karstedt-Meierrieks | Tel.: 030 20308-2706 | [karstedt-meierrieks.annette@dihk.de](mailto:karstedt-meierrieks.annette@dihk.de)

Dr. Katrin Sobania | Tel.: 030 20308-2109 | [sobania.katrin@dihk.de](mailto:sobania.katrin@dihk.de)

# SICHERHEIT ALS MARKTFAKTOR

Informationsstand verbessern, geistiges Eigentum schützen

## Wie es ist



- **Zunehmende Komplexität der Gefährdungen:** Die Komplexität der Sicherheitsprobleme von Unternehmen nimmt zu. Das gilt für alle Betriebsgrößenklassen. Ursachen sind organisierte Kriminalität, Wirtschaftsspionage, kriminelle Angriffe durch eigene Mitarbeiter oder von außen, instabile Verhältnisse in einigen Ländern der Welt sowie der internationale Terrorismus.
- **Sicherheit kostet die Wirtschaft viel Geld:** Nationale und europäische Sicherheitsvorschriften sind für die Wirtschaft teuer und bürokratisch. Unternehmen nutzen vermehrt private Sicherheitsdienste. Allein diese Branche erzielte 2008 deutschlandweit einen Umsatz von 4,5 Mrd. Euro.
- **Sicherheitsrisiko Internet:** Mittlerweile wickeln fast alle Unternehmen Geschäfte auch über das Internet ab oder nehmen digital angebotene Verwaltungsdienstleistungen in Anspruch. Besonders in kleinen Unternehmen ist das Bewusstsein für Netzsicherheit allerdings oft gering.
- **Umsatzeinbußen durch Produkt- und Markenpiraterie:** In Deutschland gehen Schätzungen davon aus, dass jährlich 20 – 30 Mrd. Euro Umsatz mit gefälschten Produkten erzielt wird. Trotz Zunahme der Grenzbeschlagnahmeanträge bei den Zollbehörden werden nur zwei bis fünf Prozent der Warenlieferungen kontrolliert. Die Akteure sind in kriminelle Netzwerke eingebunden und gehören häufig zur organisierten Kriminalität. Fälschungen betreffen alle Produkte: vom gängigen Konsumartikel über Nahrungsmittel und Pharmaprodukte bis hin zu technischen Geräten. Diese Schattenwirtschaft schädigt Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen.

## Was zu tun ist

Angesichts der steigenden Komplexität muss der Staat bei dem öffentlichen Gut „Sicherheit“ stärker mit der Wirtschaft zusammenarbeiten. Das geistige Eigentum muss in unserer wissensbasierten Gesellschaft besser geschützt werden.

### Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- **Zugang zu sicherheitsrelevanten Informationen verbessern:** Staat und Wirtschaft müssen den gezielten und strukturierten Informationsaustausch zu sicherheitsrelevanten Sachverhalten verbessern. Ein System der Frühwarnung muss sich sowohl auf nationale wie internationale Informationen beziehen – und auch KMUs zur Verfügung stehen.
- **Austausch zwischen Behörden und Wirtschaft bündeln:** Die Sicherheitsbehörden sollten den Informationsaustausch mit der Wirtschaft über einen verlässlichen, nicht-kommerziellen Partner vornehmen. Als gemeinsame Aktionsplattform für Verbände und Unternehmen sollte die ASW – Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft e.V. – als zentrale Organisation der deutschen Wirtschaft in allen Fragen der Sicherheit gestärkt werden.
- **Folgekostenabschätzung bei Sicherheitsinitiativen durchführen:** Bei aller Bedeutung des Themas Sicherheit dürfen der ökonomische Aspekt sowie die Folgen eingeschränkter Handlungsfreiheit nicht aus den Augen verloren werden. Der Gesetzgeber muss vor Verabschiedung neuer Sicherheitsstandards eine Folgekostenabschätzung für die Wirtschaft durchführen.
- **Mittelstand über staatliche IT-Aktivitäten informieren:** Die richtigen Ansätze der Bundesregierung auf dem Feld der IT-Sicherheit (Aktivitäten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, Bürgerportalgesetz, elektronischer Personalausweis etc.) müssen noch stärker an den Mittelstand kommuniziert werden. Bund und Länder sollten die IHKs stärker als Multiplikatoren nutzen.
- **Geistiges Eigentum wirksamer schützen:** Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums, das am 1.9.2008 in Kraft getreten ist, sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen gestärkt worden. Nun müssen auch die personellen und finanziellen Ressourcen ausgebaut werden. Dies betrifft insbesondere Polizei und Zollbehörden. Außerdem fehlt es nach wie vor an wirksamen Maßnahmen, Käufer vom Kauf gefälschter Produkte abzuhalten. Hier sind Aufklärungskampagnen gefragt, die vom Staat finanziell gefördert werden sollten. Produkt- und Markenpirateriebekämpfung betrifft sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene mehrere Akteure. Daher wird die Schaffung einer Koordinierungsstelle für diesen Bereich auf nationaler und europäischer Ebene befürwortet.

Ansprechpartner im DIHK:

Dr. Tobias Thomas | Tel.: 030 20308-1503 | [thomas.tobias@dihk.de](mailto:thomas.tobias@dihk.de)

Doris Möller | Tel.: 030 20308-2704 | [moeller.doris@dihk.de](mailto:moeller.doris@dihk.de)

Dr. Katrin Sobania | Tel.: 030 20308-2109 | [sobania.katrin@dihk.de](mailto:sobania.katrin@dihk.de)